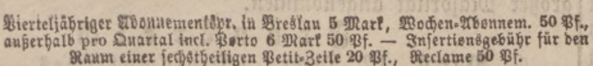
Breslauer  Zeitung.


Vierteljähriger Abonnementspr. in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnem. 50 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Insertionsgebühr für den Raum einer sechstheiligen Petit-Zeile 20 Pf., Reclame 50 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag einmal, Montag zweimal, an den übrigen Tagen dreimal erscheint.

Nr. 588. Mittag-Ausgabe. Neunundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. Montag, den 16. December 1878.

Deutschland.

O. C. Landtags-Verhandlungen.

18. Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 14. December.

12 Uhr. Am Ministertische: Graf zu Eulenburg mit mehreren Commissarien.

Eingegangen sind die allgemeinen Rechnungen für das Jahr 1875, eine Uebersicht über die im Ressort des Cultusministeriums seit 1872 begonnenen und ausgeführten Staatsbauten und Denkschriften über das technische Unterrichtswesen und die Porzellanmanufactur.

Die zweite Berathung des Etats des Ministeriums des Innern ist vor Cap. 15 „Landräthliche Behörden und Aemter“ stehen geblieben.

Abg. Röstell bedauert, daß durch die politische Tendenz vieler Landräthe gerade die tüchtigsten Kreiseingesessenen von ihrer Mitwirkung für die neue Kreisordnung zurückgeschreckt und Frictionen anderer Art geschaffen werden als die sind, von denen der Minister neulich sprach, nämlich politische, nicht die natürlichen, die auf dem Boden der neuen wie der alten Kreisordnung möglich sind. Daran sind die Landräthe schuld, die sich in der Conflictszeit ihre Sporen verdient haben und diese Zeit nicht vergessen können. Als Beispiel mag der Landrath in dem Kreise des Redners (Gerdauen) dienen, der zu Dorfleuten, die seinen Rath nachsuchten, sagte: „ihr habt den Baron v. Värst gewählt, also gegen den König, geht zu euren Liberalen!“ Nur conservative Amtsvorsteher werden ernannt, die Liberalen als Gegner der Autorität des Staates und der Regierung dargestellt, während der Landrath nach dem von ihm angezeigten Schluß der Jagd selbst auf die Jagd geht, und das Kreisblatt, wenn es ihm unbequem wird, einem andern Drucker übergiebt, ohne dem Kreistage, der das Geld dazu giebt, eine Vorlage darüber zu machen. Dabei verweigert der Kreistag ihm die Ertheilung der Decharge! Leider hat der Minister nicht die Zeit, die stenographischen Berichte des Kreistages im Wochenblatt zu lesen; da würde er den Commentar zu seinem Satz finden, daß der Landrath die Würde seines Amtes wahren müsse.

Abg. v. Meyer (Arnswalde): Der Vorredner hat dem Landrath Jacobs in Landsberg, wenn ich mich parlamentarisch ausdrücken soll, mit Kirchthurmsgeschichten verklagt und seine Stellung zu ihm etwas bedenklich hingestellt. Die beiden Herren scheinen in einem lebhaften Conflikt zu stehen und wo sich zwei zanken, da haben immer wenigstens zwei Unrecht. Ich habe den stenographischen Bericht der Kreistagsverhandlungen auch gelesen, darin spricht der Landrath immer Zeug, was beinahe wie Blödsinn klingt. (Heiterkeit.) Ich kenne ihn aber als einen ganz verständigen Mann, der keinen Blödsinn zu sprechen pflegt. Wie geht das zu? Wenn ein Stenograph vielleicht seines Faches nicht ganz Meister ist, so versteht er sehr vieles falsch. Jeder von uns weiß das und corrigirt. Wenn aber der Stenograph in einer bestimmten Richtung stenographirt (Oho!) und wenn das Stenogramm nicht einmal zur Correctur vorgelegt wird, so kann nur Blödsinn herauskommen. Ein solcher Stenograph im Kreistagszimmer hat für den Landrath etwas Meuchlerisches (Heiterkeit). (Aehnlich fertigt der Redner die Beschwerden des Abg. Schulz-Boossen ab.) Der Fehler ist, daß dem Landrathe alle Verantwortlichkeit abgenommen ist; früher war das glückliche Verhältniß, daß, wenn die größten Dummheiten im Kreise passirten, der Landrath dafür verantwortlich gemacht wurde, obwohl er sie gar nicht begangen hatte. Jetzt hat das ein Ende; die anderen Leute nehmen ihm die Verantwortlikeit ab, und darum ist der Landrath nicht mehr der vornehme Mann, den Richter in ihm vermißt. Wer mir die Verantwortlichkeit nimmt, nimmt mir auch die Selbstständigkeit; darum sind die Landräthe büreaukratisch geworden. Herr Schulz hat sich mißliebig darüber ausgesprochen, daß der Landrath sich vom Kreistag nicht tadeln lassen wollte. Wo steht denn das geschrieben, daß der Landrath sich tadeln lassen muß? Er kann sich über ihn beschweren, aber ihn tadeln kann nur eine Behörde, die Disciplinarbefugniß hat.

Weiter beschwert er sich, daß der Landrath sich vom Kreistage nicht loben lassen wollte. Das geht denn doch über das Bohnenlied. Loben kann mich nur eine Autorität, die ich als moralische anerkenne, nicht eine formelle. Das Lob der Bezirks-Verwaltungsgerichte, der Provinzialräthe würden wir Landräthe uns entschieden verbitten. Ich stehe mit meinem Kreistage auf gutem Fuße, aber das wäre zu Ende, wenn er mich loben wollte; dazu ist der Landrath denn doch zu vornehm geblieben. Der Abg. Rickert ereifert sich gegen die officiellen Wahlcandidaturen und gegen die Landräthe, die politische Kreisblätter redigiren, namentlich auch gegen den in Soldin. Ich bin 32 Jahre Landrath; zu keiner Zeit ist mir irgend eine Weisung von der Regierung zugegangen, eine officielle Candidatur aufzustellen, selbst zur Zeit des Ministers Westphalen haben die Landräthe keine Candidaturen aufgestellt; das waren ihre eigenen Erfindungen, und zuweilen haben sie sich dabei verhauen. Als ich unter der neuen Aera einen Regierungscandidaten aufgestellt habe, wäre es mir sehr schlecht bekommen; ich ging eben dicht daran vorbei, er paßte damals der Regierung durchaus nicht. Der Minister hat neulich erklärt, er habe in einem solchen Vorgehen der Landräthe eine Ueberschreitung der Grenzen erkannt, welche die Beamten bei den Wahlen inne halten sollen und es sei für den Landrath nicht angemessen, wenn er verantwortlicher Redacteur eines politischen Blattes ist; er werde davon Kenntniß nehmen und das Geeignete verfügen. Dadurch war ich befriedigt und damit hätte die Sache erledigt sein können. Aber die Debatte geht bei einem anderen Titel ganz munter weiter, weil man die Sache nicht erledigen, sondern Lärm machen will. (Widerspruch links. Abgeordneter Richter: Ist das parlamentarisch?) Ich bitte um Entschuldigung, ich habe das Unglück, auf einem Ohre taub zu sein, es ist zufällig das linke; ich bitte also bei Zurufen etwas lauter zu sprechen. (Große Heiterkeit. Abg. Richter: Der Witz ist schon einmal gemacht!)

Man wollte die Sache noch weiter spinnen, und namentlich hatte Herr Richter einen ganzen Korb voll Landrathswäsche, die er auf offenem Markt zu waschen wünschte. Ich weiß nicht, ob sie sauber oder unsauber war; er behauptete, sie sei unsauber. Indessen Parlamentsreden, und namentlich seine Mittheilungen sind nicht immer beweisend. Zufällig kann ich den Gegenbeweis führen: der Lehnschulze Springer hat nicht 62 M., sondern 39,18 M. liquidirt. Herr Richter hat nicht nur den Landräthen verwerfliche Wahlbeeinflussungen vorgeworfen, sondern auch den Domänenpächtern, Schulräthen und Forstbeamten. Warum nicht auch den Kreisrichtern, die sich doch auch an den Wahlen betheiligt haben, freilich immer nach links, daher sie ihm vielleicht durch die Finger gegangen sind; aus böser Absicht hat er sie gewiß nicht vergessen. Nicht blos das Vertrauen auf die Unparteilichkeit der Landräthe schwindet, sondern auch das Vertrauen auf die Kreisrichter, denen der Justizminister einmal den Standpunkt klar machen sollte. Ich könnte eine Gegenliste von Kreisrichtern bringen, wenn ich mir selber zu einem solchen Geschäft nicht zu schade wäre. Nun kommt Herr Miquel und sagt: wenn Richters Angaben richtig sind, würdet ihr sie dann billigen? Nein, ich würde sie nicht billigen, aber nicht, weil sie unmoralisch sind, sondern nur, weil sie ungeschickt gewesen wären. (Hört!) Die Wahlmoralität ist ein längst überwundener Standpunkt, davon wissen wir alle nichts mehr; das war noch ein Zustand der altständischen Wahlen. Da galt es für unanständig, wenn man bei einer Wahl, wo man selbst Candidat war, seinen Namen aufschrieb; heute wird man von seiner eigenen Partei gesteinigt, wenn man es nicht thut. Ich bin auch verantwortlicher Redacteur meines Kreisblattes und habe lange politische Artikel gebracht, aber seit 15 bis 20 Jahren habe ich es unterlassen und das Blatt reducirt auf amtliche und gewerbliche Anzeigen. Wenn von obenher die Publikation eines Artikels der „Provinzial-Correspondenz“ verlangt wird, so thue ich das, aber setze hinzu: „Auf höheren Befehl.“ Ist dann noch Raum übrig, so kommt auch ein Leitartikel hinein, gewöhnlich über Mittel gegen die Maulseuche oder gegen Ratten, (Große Heiterkeit.) Seitdem ich im Kreisblatt nicht mehr politisire, ist mein Einfluß ganz unglaublich gewachsen. (Heiterkeit.) Ich rufe keine Opposition mehr hervor und wenn ich jetzt zu dem Urwähler gehe und sage: Willst du den wählen? dann bin ich nicht Schuld, wenn der Mann mein Gewicht als Landrath selbst fühlt, ohne daß ich es ihn fühlen lasse. Ich treibe im Kreisblatt keine Politik mehr und empfehle dieses Mittel allen meinen Collegen; es wirkt besser wie die leidenschaftlichen Artikel. (Heiterkeit.)

Abg. v. Heereman klagt von Neuem über den zerstörenden Einfluß des Culturkampfes auf die Verwaltung der westlichen Provinzen: Staats- und Gemeindebeamte werden nicht bestätigt, Eisenbahn-Restaurateuren wird das Halten ultramontaner Blätter untersagt, Beamte werden mit der Verwaltung confiscirten Kirchenvermögens beauftragt ohne Rücksicht auf die Collision dieses Auftrages mit ihrem Gewissen. Und gewiß ist es keine anständige und loyale Ausführung des Gesetzes, wenn die Regierung gegen einen dreimal in allen Instanzen freigesprochenen Geistlichen einer Gemeinde von 3000 Seelen im Reg.-Bezirk Arnsberg bei einem neuen Strafverfahren für die ganze Dauer desselben von ihrem Ausweisungsrecht Gebrauch macht. Die Liberalen nehmen Antheil an dem Schicksal ausgewiesener Socialdemokraten, aber das Schicksal der armen Frauen und Geistlichen, die aus der Heimath getrieben werden und nur Gutes gethan haben, läßt sie kalt. Sie interessiren sich, und mit Recht, für die Israeliten in Rumänien: die Unterdrückung der Katholiken in Rußland ist ihnen gleichgiltig. Wenn im fernen Ausland ein Deutscher in seinen Rechten gekränkt wird, so wird der Schutz der Regierung angerufen und ein Kriegsschiff abgeschickt, um Genugthuung zu fordern, und das mit Recht. Aber wenn Millionen von Mitbürgern im eigenen Lande über ungerechte Behandlung Klage führen, dann hat man dafür kein Gehör und ein Antrag wie der des Collegen Windthorst erfährt das Schicksal, das ihm am letzten Mittwoch bereitet wurde. Der Redner, der sich auf die milde Auffassung Miquel's beruft, versichert, daß ihm nichts ferner liege, als die Absicht, die katholische Bevölkerung aufzuregen; vielmehr bleibe die Beschwerdelust des Centrums weit hinter ihrem Bedürfniß und Verständniß zurück.

Abg. v. Hammerstein: Auch die Conservativen wurden ihrer Zeit von den Kreisblättern nicht geschont: nach dem Bruch Bismarck's mit der conservativen Partei gab ein Kreisblatt den Raumer'schen Regulativen Schuld an der Demoralisation der Bevölkerung; Mühler und Raumer seien die Väter der Socialdemokratie. In einem anderen Kreisblatt heißt es: Wer bei den Wahlen am 30. Juli dazu beiträgt, dem Fürsten Bismarck seine Majorität aus Staatsanwälten, Landräthen, Conservativen zu verschaffen, darf sich später nicht über die Steuern beklagen. Von einer tendenziösen Begünstigung der conservativen Partei kann also keine Rede sein. Daß die Liberalen abgewirthschaft haben, ist ihnen nicht blos von conservativen Blättern vorgeworfen worden, das geben die leitenden Blätter der liberalen Partei selbst zu. In einem Artikel der „National-Zeitung“ (Abg. Richter (Hagen): Das ist kein liberales Blatt!) heißt es: „Der Liberalismus in den östlichen Provinzen hat das Aussehen einer exotischen Pflanze, die sich nur bei künstlicher Pflege und Sonnenschein von oben erhält, aber ausgeht, sobald die Regierung ihr statt des Lichtes, Sturm und Hagel zuschickt.“ Wir wünschen keine officiellen Candidaturen; die Regierung soll nur etwas deutlicher, als bisher, aussprechen, was sie will, den Mann selbst werden werden wir schon allein finden.

Abg. v. Schorlemer-Alst. Die Communen in den westlichen Provinzen werden auf das Schwerste belastet durch die Art der Anstellung und Entlassung der Amtmänner und Bürgermeister, so wie durch die Ueberlastung dieser Beamten mit staatlichen Geschäften. Die Communen haben bei der Anstellung thatsächlich gar nicht mitzureden, und die Bestätigung der gewählten Bürgermeister unterbleibt oft aus bekannten Gründen. Bei den jetzt geltenden Maximen ist eine große Anzahl Beamten entlassen worden, Die neuen Amtmänner und Bürgermeister rekrutiren sich meistens aus verabschiedeten Offizieren und den Schreibern der Amts- und Kreisbureaus. Namentlich die Letzteren, durchschnittlich sehr junge Leute, stehen den Eingesessenen der Kreise vollkommen fremd gegenüber. Wir verlangen gar nicht, daß uns genehme Beamten gegeben werden, aber tüchtige und ehrliche, und in dieser Beziehung ist die Aufsicht der Regierung nicht überall hinreichend. Dazu kommt, daß die Geschäfte dieser Beamten zu ¾ Regierungsgeschäfte sind, so daß sie für die eigentlichen Communalgeschäfte fast gar keine Zeit erübrigen. Hierin liegt eine große Härte gegenüber den Gemeinden, welche diese Beamten bezahlen. Eine Remedur ist hier dringend geboten.

Minister Graf zu Eulenburg: Ich bin den Mitgliedern des Centrums für die mehrfach ausgesprochene Meinung dankbar, daß sie mir in Bezug auf die Ausführung der Gesetze gute Intentionen zutrauen. Wenn man mir wirklich Vertrauen schenkt, so versteht es sich von selbst, daß ich den hier vorgetragenen Dingen Aufmerksamkeit zuwende und erforderlichen Falles Abhilfe schaffen werde. Auf die große Zahl von Einzelheiten mich einzulassen ist ganz unmöglich, und es kann nicht beansprucht werden, daß ich immer wiederhole: Ich bestreite das, oder stelle es in Zweifel. Daraus, daß ich, wo mir die Sache bekannt ist, oder allgemeine Grundsätze berührt werden, mich über deren Nothwendigkeit und Nützlichkeit ausspreche, kann eine Zuneigung zu einer bestimmten Partei nicht gefolgert werden. Das waren Sachen, welche alle Parteien berühren und bei denen es sich um das Interesse des Landes handelt. Auf die Beschwerde wegen Ueberlastung der Communalbeamten mit Staatsgeschäften muß ich erklären, daß bei der Entwickelung des Staatslebens, in der wir uns befinden, die Anforderungen auf diesem Gebiete gewachsen sind. Wir werden auch bei einer neuen Organisation nicht dazu gelangen, die Mitwirkung der Gemeindebeamten für diese Staatsgeschäfte entbehren zu können. Auf die Auswahl dieser Beamten wird thatsächlich die größte Sorgfalt verwendet; daß aber nicht überall das Richtige getroffen wird, bedarf keiner besonderen Ausführung.

Abg. v. d. Goltz verweist den Abg. Schulz mit seinen Vorwürfen gegen die Landräthe auf die Verwaltungsgesetze, in denen sie ihre Erledigung finden und erkennt in der Beschwerde Richter's, der sie als die Ursache der Niederlage der Liberalen betrachtet, ein Symptom und Vorgefühl einer noch größeren Niederlage bei den nächsten Wahlen. Daran sind aber nicht die Landräthe schuld, sondern der Umschwung im Volke, das für die tief empfundenen Mißstände im Lande die liberalen Parteien verantwortlich macht. Mit Stolz werden auch ferner die Landräthe den Ehrennamen der „Bannerträger des Königs“, den ihnen der Abg. Richter vorgeworfen habe, sich zu verdienen suchen.

Abg. Frentzel glaubt nicht, daß die Kreisblätter, aus welchen der Abg. von Hammerstein citirt habe, von Landräthen redigirt seien. Ein solcher Landrath könnte sich in Preußen für Geld sehen lassen und viel verdienen. (Heiterkeit.) Der Landrath v. Massow, der jetzt nach Uelzen versetzt sei, sei nach seiner Erfahrung, wie er mit Einzelfällen belegte, ein politisch so ungeschickter und untauglicher Beamter, daß dessen möglichst schnelle Pensionirung zu wünschen sei. In seiner Heimath Gumbinnen würde die Wahl der unteren liberalen Beamten so beeinflußt, daß sie sich der Wahl enthielten, um nicht nach Heydekrug versetzt zu werden. Die Beeinflussung könne nur von der Regierung ausgehen, da es im ganzen Regierungsbezirk Gumbinnen nur einen conservativen Rittergutsbesitzer gebe. Er selbst habe von Weibern in seiner Heimath Gespräche gehört, daß die Männer gegen die Demokraten wählen müßten, welche alles Geld hätten. Von Theilung desselben hätten sie allerdings nicht gesprochen. Solche Art der Agitation sei gegen das Interesse des Vaterlandes und des Herrscherhauses.

Abg. Jungk bestreitet auf Grund amtlicher Materialien die Richtigkeit der gestern vom Abg. Richter (Hagen) monirten hohen Liquidationen, welche für die Selbstverwaltung des Kreises Nieder-Barnim aufgestellt seien.

Abg. Miquel: Wenn es sich um eine Rechtsverletzung handelt und das Centrum einen bestimmten Antrag stellt, so würde ich, wenn derselbe begründet ist, ihn stets unterstützen, aber allgemeinen Klagen von der Tribüne aus habe ich keine Gelegenheit, zuzustimmen. Was die Ausweisungen von Geistlichen aus dem Regierungsbezirk Arnsberg betrifft, so würde ich, wenn die Angaben des Abg. v. Heeremann thatsächlich wahr sind, eine solche Ausführung der Gesetze tief beklagen. Ich wohne in dem überwiegend katholischen Osnabrück und bin nächster Nachbar der Westfalen und muß sagen, daß die Kirchengesetze in beiden Districten durchaus verschieden gehandhabt werden. Es ist ein großer Unterschied zwischen Nichtausführung, zwischen harter und ungeschickter und auch zwischen geschickter und vorsichtiger, aber strikter Ausführung der Gesetze. Die Ungeschicklichkeit und die Mißgriffe der Unterbeamten erzeugen viel unnöthige Bitterkeit in der Bevölkerung; den jetzt eingeschlagenen Weg der materiellen Verständigung mit dem Papste halte ich für den einzig möglichen zur Herstellung des Friedens zwischen Staat und Kirche.

Minister Graf zu Eulenburg weist darauf hin, daß die vom Vorredner getadelte verschiedene Handhabung der Kirchengesetze in verschiedenen Diöcesen wohl mit der Verschiedenheit der Stellung in Zusammenhang stehe, welche die Bevölkerung in denselben zu diesen Gesetzen einnehme.

Abg. Richter (Hagen): Herr v. d. Goltz meint, daß man im Volke die jetzigen Zustände den Liberalen zuschreibt. Kürzlich sagte Jemand: „Merkwürdig, seitdem Friedenthal landwirthschaftlicher Minister ist, kommt das Vieh aus den Krankheiten gar nicht mehr heraus. Alle Augenblicke bricht die Rinderpest aus, Reblaus, Kartoffelkrankheit. Von allen den Sachen hörte man unter Selchow nichts, damals war es ganz ruhig im Ministerium und das liebe Vieh war viel gesünder als unter Friedenthal.“ (Heiterkeit.) Es ist dieselbe Art, zu urtheilen, die den Liberalen die Schuld an den Mißständen giebt, welche die Kriege hinterlassen haben und die wir ohne die neueren Gesetze noch viel schlimmer empfinden würden. Wurden doch im Jahre 1857, als die Nachwirkung des orientalischen Krieges fühlbar wurde, unter dem Ministerium Manteuffel durch königliche Verordnung die Wuchergesetze aufgehoben, weil man damals sagte, daß in schweren Zeiten alle beschränkenden Gesetze für das Wirthschaftsleben der Nation doppelt unerträglich seien. Und wie bescheiden war der Einfluß der liberalen Majorität auf die Regierung, als die Gesetze mit von den Herren gemacht wurden, die sie jetzt anklagen! Herrn Windthorst's Name steht unter dem ersten Antrage auf Aufhebung der Eisenzölle, wie er auch keinen Einspruch gegen die Aufhebung der Wuchergesetze erhob. Ich habe an den Landräthen nur getadelt, daß sie das Banner des Königs in den Wahlkampf tragen. Es wäre übrigens traurig, wenn eine so abhängige, von dem jeweiligen Minister des Innern absetzbare und versetzbare Beamtenklasse, wie der Abg. v. d. Goltz behauptet, der rocher de bronze wäre, auf den sich das Königthum stützt. In Bezug auf den Streit über die Liquidationen im Kreise Nieder-Barnim führt der Redner aus, daß er seine gestrigen Angaben bona fide gemacht habe.

Abg. Windthorst (Meppen); Dadurch, daß einzelne Personen die Bestimmungen des Gesetzes mißbräuchlich anwenden, wird nichts für den Werth der gesammten Gesetzgebung bewiesen. Die Landräthe haben sich auch Verdienste um die Verwaltungsreorganisation erworben, wenn sie mit derselben auch nicht einverstanden waren. Ich habe zu zwei verschiedenen Malen im Reichstage den Fortbestand mäßiger Eisenzölle beantragt. Die Frage der Zölle ist nicht a priori zu regeln, sondern angemessen den sich gestaltenden Verhältnissen. Die Aufhebung der Zölle in der Weise, wie sie geschehen ist, muß ich entschieden mißbilligen. Die Aeußerungen des Abg. Miquel habe ich mit Befriedigung vernommen, und ich wünschte, daß auch der Minister dieser Ansicht wäre. Sein günstiges Zeugniß für die Bevölkerung von Osnabrück und Hildesheim kann ich nicht acceptiren. Die Hannoveraner haben einen Oberpräsidenten und die Osnabrücker einen Landdrost, welche diese Dinge richtig zu führen verstehen, während das beim Oberpräsidenten von Westfalen durchaus nicht der Fall ist. Man gebe ihm Muße, seine Memoiren zu schreiben, versetze den Regierungspräsidenten von Arnsberg nach Oppeln und mache den Regierungspräsidenten von Oppeln zum Oberpräsidenten von Westfalen, dann werden die Verhältnisse sich dort bessern.

Abg. Miquel: Es ist schon früher eine Anzahl von Fällen aus Westfalen mitgetheilt worden, bei welchen sich die Stimmung des Hauses nicht für die Regierung erklären konnte. Die Ausdehnung des sogenannten Culturkampfes auf die Gebiete des communalen Lebens ist entschieden beklagenswerth. Wenn dort Communalbeamten aus jener Rücksicht die Bestätigung versagt worden ist, so muß das ungünstig auf das Verhalten der Bevölkerung gegenüber der Regierung wirken.

Minister Graf zu Eulenburg: Der Vorredner wird mir beipflichten, daß ich auch bei den Communalbeamten mich davon überzeugen muß, ob sie die Gesetze des Staates ausführen wollen. Ich habe nicht behauptet, daß die Bevölkerung Hannovers den Maigesetzen gegenüber conniventer gewesen wäre als die westfälische. Im Kampfe gegen die Maigesetze kann aber ein sehr verschiedenes Verfahren beobachtet werden und in Westfalen hat die Bevölkerung entschieden einen schrofferen Widerstand entgegengestellt.

Cap. 95 wird genehmigt.

Cap. 96 „Polizeiverwaltung von Berlin“, beantragen Zimmermann und Virchow der Budgetcommission zu überweisen; Rickert und von Benda sprechen sich gegen diesen Antrag aus, den das Haus ablehnt, worauf es sich um 4 Uhr bis Abends 7½ Uhr vertagt.

Abendsitzung vom 14. December.

7¾ Uhr. Am Ministertische: Graf zu Eulenburg und mehrere Commissarien.

Das Haus tritt in die Berathung des Etats des Polizei-Präsidiums von Berlin.

Abg. Zimmermann wiederholt seinen vorher bereits abgelehnten Antrag, den vorliegenden Etat einer besonderen Commission eventuell der Budget-Commission zu überweisen. Er begründet diesen Antrag durch den Hinweis auf die Nothwendigkeit einer Reform des Polizei-Präsidiums an Haupt und Gliedern. Die gegenwärtige Organisation stamme aus dem Jahre 1822, einer Zeit, wo Berlin 200,000 Einwohner zählte. Es liege auf der Hand, daß die Stadt seitdem aus den Formen dieser Organisation herausgewachsen sei. Hieraus erkläre sich eine große Zahl von Abnormitäten, die den gegenwärtigen Verhältnissen durchaus nicht mehr entsprechen. So sei es ein offenbarer Widerspruch, daß in einer Zeit, wo das Gebiet der Selbstverwaltung nach allen Richtungen hin erweitert werde, das größte Gemeinwesen des Staates widerstandslos den weitestgehenden Polizei-Verordnungen unterworfen sei, ohne daß die Gemeindebehörden das Recht hätten, ihr Wort dabei in die Waagschale zu werfen. Zu einer Revision dieser Verhältnisse sei eine doppelte Veranlassung in einem Augenblick, wo die Regierung für das Polizei-Präsidium in Berlin eine dauernde Mehrforderung von 1,600,000 Mark erhebe.

Der Zweck dieser Summe sei vornehmlich die Vermehrung des Personals für den Sicherheitsdienst, aber schon jetzt besitze Berlin im Verhältniß zu anderen großen Städten eine außerordentlich starke Sicherheitsmannschaft. Es sei zu erwägen, ob man den beabsichtigten Zweck nicht besser erreiche, wenn man die Sicherheitspolizei von einer Anzahl von Geschäften entlaste, die ihrer eigentlichen Aufgabe ganz fern liegen. Redner schildert hierauf die verschiedenen Unzuträglichkeiten in der Berliner Polizeiverwaltung, z. B. die Vereinigung von Orts- und Landespolizei in einer Behörde, die Vereinigung großer Massen von Schutzleuten in den Revierwachen, die dadurch den Bezirkswachen entzogen werden, die Leistung des Polizeidienstes auf den Eisenbahnhöfen durch die Stadt und der große Kosten- und Zeitaufwand, den die glänzende Uniformirung verursache, die unpraktische Organisation der Baupolizei und des Feuerlöschwesens. Bei Letzterem habe der Eine das Wasser, der Andere die Spritze. Zur erfolgreichen Lösung ihrer Aufgabe müsse die Polizei mit der Bürgerschaft einheitlich zusammenwirken. Was sie allein thue, stehe Alles auf schwankendem Boden. So sei die Paßcontrole unausführbar, da jährlich 6 Millionen Menschen in Berlin mit der Eisenbahn eintreffen, von denen 120,000 sich dort niederlassen. Ebenso illusorisch sei die Anmeldepflicht. Die Differenz der polizeilich angemeldeten und der bei der Volkszählung vorgefundenen Personen betrage 50 bis 60 Tausend.

Abg. von Wedell-Malchow hält die von dem Vorredner ausführlich entwickelten Gründe für die Ueberweisung an eine Commission für durchaus nicht zutreffend. Hier handele es sich nicht um einen Antrag der Reorganisation des Polizeipräsidiums — der eine Angelegenheit der Communalbehörden sein würde — sondern einfach um Bewilligung oder Nichtbewilligung größerer Mittel zur Verstärkung der Sicherheit in der Hauptstadt, und einer solchen Frage gegenüber werde mit Ausnahme der Fortschrittspartei hoffentlich keine Partei sich negativ verhalten, wenn man erwäge, daß die höchsten Interessen, ja das Leben theurer Personen auf dem Spiele stehe. Nachdem der Reichstag das Socialistengesetz angenommen habe, würde es dem Abgeordnetenhause schlecht anstehen, die Mittel zu dessen Durchföhrung zu verweigern. Er bitte also die Forderung der Regierung ohne weitere Debatte sans phrase zu bewilligen.

Reg.-Commissar v. Kehler: Die Bezirkswachen, welche nicht die Revier-

verwaltungsbeamten, sondern nur die sogen. Sectionss-Schutzmänner beschäftigen, haben sich als praktisch bewährt, um in Fällen der Noth eine größere Anzahl Mannschaften zu sammeln ohne daß diese dadurch behindert würden, sich mit den speciellen Verhältnissen ihres Bezirks bekannt zu machen. — Die Stadt trägt zu den Kosten der Ortspolizei nach dem diesjährigen Etat 982,177 Mk. bei; diese Summe würde, wenn die jetzt geforderte Erhöhung des Personals bewilligt würde, sich nur auf 1,209,698 M. erhöhen.

Abg. **Virchow** protestirt gegen die Insinuation des Abg. von Wedell-Malchow, daß die Fortschrittspartei aus bloßer Opposition geneigt sei, an sich nothwendige Ausgaben der Regierung zu verweigern. Auch werde Niemand hoffentlich ihm und seinen Freunden unterschieben wollen, daß ihnen die Sicherheit des Königs oder anderer höchster Personen weniger am Herzen liege, als irgend einer anderen Partei. Es handele sich um die materielle Prüfung der Zweckmäßigkeit der geforderten Ausgaben und wenn der Abgeordnete von Wedell da eine Bewilligung sans phrase verlange, so höre überhaupt die ganze Budgetberathung auf. Die Regierung behaupte, daß die gegenwärtig vorhandenen Sicherheitsbeamten nicht ausreichen. Es frage sich aber, ob dem vorhandenen Mangel nicht dadurch abgeholfen werden könne, daß einzelne Zweige von der Polizeiverwaltung abgetrennt und der Commune übertragen würden. Die Commune sei gern bereit, selbst mit erheblichen Opfern sich dieser Aufgabe zu unterziehen und beispielsweise das Feuerlöschwesen, die Sanitätspolizei, das Einwohnermeldewesen u. A. zu übernehmen. Ein anderes Mittel, dem vorhandenen Mangel abzuhelfen, sei die Beseitigung der Einrichtung, zu bloßen Schreiberdiensten Schutzleute zu verwenden und diese dadurch dem eigentlichen Executivdienst zu entziehen. Es geschehe dies nur deshalb, weil der Staat einen nicht uniformirten Schreiber allein bezahlen müsse, während die sächlichen Ausgaben für den Schutzmann die Stadt zu tragen habe.

Ein großer Mangel unserer Polizei sei ferner, daß unsere Schutzmannschaft nach den verschiedenen Abtheilungen des Polizeipräsidiums eingetheilt sei und sich streng innerhalb dieses Rahmens bewege, so daß z. B. ein Schutzmann, der das Fuhrwesen zu überwachen habe, sich um gar nichts anderes kümmere, möge um ihn vorgehen, was da wolle; besonders zeige sich diese Indolenz bei jenen an den Straßenecken haltenden berittenen Schutzleuten, die ihre Aufgabe einzig und allein dadurch erfüllen, daß sie unbeweglich in starrer Ruhe auf ihren Pferden sitzen. Ein anderer Wunsch, den man bezüglich unserer Polizei zu stellen habe, sei der, daß sie dem Publikum mit größerer Zuvorkommenheit entgegenkomme, als dies jetzt geschehe und hierin sich das Beispiel der Londoner und Pariser Polizei zum Muster nehme. Recht bedenklich erscheine es, daß man den Schwerpunkt der Executivpolizei in die Bezirkswachen zu legen bemüht sei, durch welche die wichtigen Geschäfte der Revierpolizei mehr als zweckmäßig sei, aufgesogen würden. Das Bedürfniß einer Vernärkung der höheren und Sicherheitspolizeit erkenne er an und beantrage demgemäß, die Mehrforderung für die höhere, zur Disposition des Polizeipräsidenten stehende Polizei, sowie für die Sicherheitspolizei im vollen Umfange, dagegen die Mehrforderung für den Bureaudienst und für die Verstärkung des Bezirkswachdienstes und des Revierpolizeiwachdienstes nur zur Hälfte zu bewilligen. Außerdem empfehle er die Annahme einer Resolution, welche den Minister auffordere, dem Hause im nächsten Jahre den Plan einer Reorganisation des Polizeipräsidiums vorzulegen.

Minister Graf zu **Eulenburg** erwartet die unbeanstandete Bewilligung der in Rede stehenden Mehrforderung, da dieselbe durch eine eingehende Denkschrift motivirt sei. Er behalte sich vor, auf Einzelbeschwerden der Vorredner zurückzukommen. Das hier in Betracht kommende Bedürfniß stehe nicht im Zusammenhang mit der Organisation des Polizeipräsidiums, deren Anomalität nur in der gleichzeitigen Function dieser Behörde als Orts- und Landespolizeibehörde liege. Hoffentlich werde dagegen bald Hilfe geschaffen werden. Die Bezirkswachen absorbirten durchaus nicht die Geschäfte der Reviere, für welche letztere ebenfalls eine Vermehrung der Mannschaften jetzt beantragt werde. Die Schutzmänner würden nicht zum Theil ausschließlich zum Schreiberdienste verwendet, sondern sie verrichteten gleichzeitig den Straßendienst. Durch Civilschreiber würden nur geringe pecuniäre Ersparnisse gemacht, dagegen ginge die nöthige straffe Disposition verloren. Die 12 Bezirkswachen seien nothwendig, weil sie nach localen Anforderungen etablirt; das geforderte Personal sei durchaus für den Posten- und Patrouillendienst nothwendig. Das Bedürfniß nach Vermehrung der Polizei sei schon seit Jahren dringend, und jetzt hätten die traurigen Ereignisse des vorigen Sommers die Befriedigung desselben zu einer unabweislichen Nothwendigkeit gemacht. Die jetzige Vorlage sei detaillirt erwogen worden. Im Jahre 1851 betrug in Berlin die Polizeimannschaft 1200 Personen bei 400,000 Einwohnern. Bei der jetzigen Einwohnerzahl von einer Million müßten proportionsmäßig mehr Polizisten bewilligt werden, als hier gefordert werden. Alle europäischen Großstädte wie Wien, London und Paris hätten bedeutend mehr Polizeimannschaften wie Berlin. Er bitte um Bewilligung der Position.

Unter Ablehnung aller Anträge wird das Capitel bewilligt; die Resolution Virchow wird mit 119 gegen 112 Stimmen angenommen.

Es folgt der Etat der Polizeiverwaltung in Königsberg.

Abg. **Röckerath** bedauert, daß man die Discussion über die Vermehrung der Polizei in Berlin so schnell geschlossen und nicht gestattet habe, die Vermehrung der Ausgaben, die man fast überall für diesen Zweck in Anspruch nehme, einer gründlichen allgemeinen Erörterung zu unterwerfen. Die Folge davon sei, daß sich die Debatte nun an die Etats der Polizeiverwaltung anderer Städte anknüpfe und dadurch zersplittere. Auffallend sei es, daß die Mehrforderung für Verstärkung der Polizei vorzugsweise in solchen Provinzen hervortrete, wo die sogenannten staatserhaltenden Parteien die Majorität haben, während ein solches Bedürfniß nicht hervortrete, wo die staatsfeindlichen Parteien überwiegen. Immerhin möge der Staat ein gewisses Interesse an den Polizei-Verwaltungen der größeren Städte haben; jedenfalls sei es unbillig, daß diejenigen Gemeinwesen, welche mit erheblichen Opfern für ihre Polizei selbst Sorge tragen, gleichzeitig noch für die so erheblich wachsenden Kosten der königlichen Polizeiverwaltungen beizusteuern gezwungen seien. Daß die Polizei ihrer Aufgabe gegenwärtig in sehr mangelhafter Weise gerecht werde, sei anzuerkennen; es gelte dies namentlich von ihrer Thätigkeit zur Unterdrückung obscöner Abbildungen, aber hieraus folge noch nicht die Nothwendigkeit einer Vermehrung des Polizeipersonals. Die Thatsache, daß überall da, wo die Kirche zurückgedrängt werde, der Ruf nach einer Vermehrung der Polizei sich hörbar mache, liefere den Beweis, daß die Abhilfe des gegenwärtigen Mißstandes auf einem anderen Gebiete zu suchen sei. Er werde deshalb gegen die geforderte Mehrforderung stimmen.

Die Position wird bewilligt.

Um 10¾ Uhr vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung Dinstag 11 Uhr. (Interpellation Paur; mehrere Vorlagen über den Stand und Bau der Staatsbahnen; Etat).

Berlin, 14. Dec. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Mitgliede des Directoriums der Magdeburg-Halberstädter Eisenbahn-Gesellschaft, Eisenbahn-Betriebs-Director a. D. Theodor **Krancke** in Magdeburg den Charakter als Baurath verliehen.

Bei der Realschule zum heiligen Geist zu Breslau ist die Beförderung des ordentlichen Lehrers Karl **Weyrauch** zum Oberlehrer genehmigt worden. Der praktische Arzt 2c. Dr. **Drecker** zu Recklinghausen ist zum Kreis-Physikus des Kreises Recklinghausen ernannt worden.

Der Appellationsgerichts-Rath **Stegemann** in Hamm ist an das Appellationsgericht in Celle versetzt. Dem Stadt- und Kreisgerichts-Rath **Balan** in Magdeburg ist die nachgesuchte Dienstentlassung mit Pension ertheilt. — Der in die Ober-Pfarrstelle zu Wolmirstedt berufene Superintendent und Pfarrer **Wendenburg** in Althaldensleben ist zum Superintendenten der Diöcese Wolmirstedt, Regierungsbezirk Magdeburg, bestellt worden.

[Hoftrauer.] Der Königliche Hof legt für Ihre Königliche Hoheit die Großherzogin von Hessen und bei Rhein die Trauer von heute bis inclusive 30. d. Mts. an.

Berlin, 14. Decbr. [Beide Kaiserliche Majestäten] haben heute mit tiefer Betrübniß die Trauerkunde von dem Ableben Ihrer Königlichen Hoheit der Frau Großherzogin von Hessen empfangen und sofort die Kronprinzlichen Herrschaften besucht. Nach der Rückkehr in das Palais nahmen Se. Majestät der Kaiser und König in Gegenwart des Gouverneurs, Generals der Infanterie von Boyen und des Commandanten, General-Majors Grafen von Wartensleben, militärische Meldungen und darauf den Vortrag des Militär-Cabinets durch den General-Adjutanten von Albedyll entgegen. Alsdann ertheilten Se. Majestät dem Kammerherrn und Oberst-Lieutenant a. D. Grafen von Wartensleben-Carow und dem diesseitigen Gesandten in Lissabon, Freiherrn von Pirch Audienzen.

[Se. Kaiserliche und Königliche Hoheit der Kronprinz] ist mit den Königlichen Prinzen gestern Abend um 7 Uhr von der Jagd aus der Göhrde zurückgekehrt. (Reichsanz.)

Berlin, 15. Decbr. [Die Berathung des Etats des Ministers des Innern. — Keine Eisenbahnvorlagen.] Die sichere Erwartung des Herrn von Bennigsen, zugleich die alleinige Voraussetzung, unter der ihm gestern von dem durch eine angestrengte Arbeitswoche erschöpften Hause die Abendsitzung bewilligt wurde, ist nicht in Erfüllung gegangen. Der Etat des Ministeriums des Innern, an dem nun sechs Werktage lang berathen ist, kann erst in der jetzt beginnenden Woche zum Abschluß gebracht werden. Eine Abstimmung am gestrigen Abend hat indeß gezeigt, daß man den Bogen nicht zu straff spannen darf. Als über die Virchow'sche Resolution, den Minister des Innern aufzufordern, im nächsten Jahre den Plan einer Reorganisation des Berliner Polizei-Präsidiums vorzulegen, der Hammelsprung gemacht wurde, war kaum die beschlußfähige Anzahl von Abgeordneten aufzutreiben. Es stimmten 119 für und 112 gegen die Resolution, also waren nur 14 Mitglieder über die Beschlußfähigkeit anwesend. Dabei kann der Präsident noch von Glück sagen. Wäre der Etat der Berliner Polizei nicht in einer Abendsitzung zur Verhandlung gekommen, so würde er mindestens eine, vielleicht auch zwei volle Tagessitzungen in Anspruch genommen haben. — Hervorragenden Mitgliedern des Abgeordnetenhauses wurde von zustehender Seite mitgetheilt, daß nach Lage der Verhältnisse die Regierung Abstand nehmen müsse, dem Landtage noch in dieser Session Vorlagen über den Erwerb von Privateisenbahnen zu machen. Damit bestätigen sich die Informationen, welche wir schon früher erhalten und an dieser Stelle wiedergegeben haben.

[Für die goldene Hochzeitsfeier der kaiserlichen Majestäten,] welche am 11. Juni 1879 gefeiert wird, werden in Berlin bereits umfassende Vorkehrungen getroffen. Seitens der städtischen und kaufmännischen Corporationen sind Bestellungen auf Hochzeitsgeschenke mit künstlerischen Ausführungen gemacht worden.

[Der Tod der Großherzogin von Hessen,] der Schwester unserer Kronprinzessin, hat am Berliner Hofe die tiefste Trauer hervorgerufen. Die kaiserlichen Majestäten begaben sich, wie bereits telegraphisch gemeldet, sofort nach Empfang der Schreckensnachricht in das kronprinzliche Palais, woselbst nach englischer Sitte, als Zeichen tiefster Theilnahme und Trauer, die stores sämmtlicher Fenster heruntergelassen waren. Ihre kaiserlichen Hoheiten werden, nach Angabe des „D. M.-Bl.", mit mehreren Mitgliedern des königlichen Hauses bei den Beisetzungsfeierlichkeiten in Darmstadt anwesend sein. Natürlich erfährt nun auch die Vermählung des Herzogs von Connaught mit Prinzessin Luise Margarethe, welche jetzt im engsten Familienkreise begangen werden wird, einen beträchtlichen Aufschub; man spricht davon, daß die Hochzeit erst nach dem Osterfeste stattfinden soll.

[Marine.] S. M. Panzer-Corvette „Hansa", 8 Geschütze, Commandant Corvetten-Capitän Heusner, ist am 1. d. M. von Funchal (Madeira) nach St. Thomas in See gegangen.

[Mit der interimistischen Führung der Geschäfte der österreichisch-ungarischen Botschaft in Berlin] ist nach Abberufung des seitherigen Botschafters Grafen Karolyi bis aus Weiteres der Botschafts-Rath Graf Wolkenstein-Trostburg als Geschäftsträger betraut worden.

[Verbote auf Grund des Reichsgesetzes vom 21. October 1878.] Der Verein „Dramatischer Club Lassalle" in Bockenheim.

Malchin, 14. Decbr. [Die Stände] sind auf den Vorschlag der Regierungen eingegangen und werden Deputirte wählen, um die Berathungen über eine Modification der Landesverfassung vorzubereiten.

Braunschweig, 13. Decbr. [Der Landtag] wurde heute im Auftrage des Herzogs durch den Staatsminister Schulz mit einer Rede eröffnet, welche zunächst dem Schmerz und der Entrüstung über die gegen den Kaiser gerichteten Frevelthaten, sowie dem Danke gegen die Vorsehung über die Wiedergenesung Sr. Majestät Ausdruck verleiht. Die Eröffnungsrede gedenkt sodann mit Befriedigung der erhebenden Kundgebungen treuer Anhänglichkeit an Kaiser und Reich und spricht die Hoffnung aus, daß die gegen eine bekannte Umsturzpartei gerichteten kräftigen Maßregeln dazu beitragen werden, den Gefahren, welche auch den volkswirthschaftlichen Entwickelungsgang tief schädigen, ein Ende zu machen. — Die Finanzlage des Herzogthums sei nicht mehr so befriedigend, wie bei Eröffnung des vorigen Landtags; eine baldige Besserung derselben sei wesentlich nur von einer Verminderung der dem Reiche zu zahlenden Matricularbeiträge zu erwarten.

In der sich anschließenden ersten Sitzung des Landtages stellte der Abg. v. Veltheim den Antrag, an das herzogliche Staatsministerium das Ersuchen zu richten, dasselbe möge im Hinblick auf die neuerdings eingetretenen Verhältnisse in Erwägung ziehen, ob und welche Maßregeln getroffen werden können, damit im Falle der Erledigung des Thrones des Herzogthums die in der durch die Reichsverfassung verbürgte Selbstständigkeit des Landes einbegriffene ordnungsmäßige Verwaltung vor Störungen gesichert werde und zu dem Ende die für sachgemäß erachteten Vorlagen baldthunlichst an die Landesversammlung gelangen lassen.

Darmstadt, 14. Decbr. [Hoftrauer.] In Folge des Ablebens der Frau Großherzogin Alice ist eine 12wöchentliche Hoftrauer (bis zum 7. März angeordnet worden.

Oesterreich.

Wien, 14. Decbr. [Philippovic.] Der Kaiser hat den FZM. Baron Philippovic eingeladen, nach Pest zu kommen und in der Ofener Burg Absteigequartier zu nehmen. Baron Philippovic trifft, wie bereits gemeldet, heute Abend in Pest ein.

Pest, 14. Decbr. [In der heutigen Sitzung der ungarischen Delegation] unterzog Graf Apponyi die auswärtige Politik der Regierung einer eingehenden Kritik und trat für das Minoritätsvotum ein. Nachdem sodann noch mehrere Redner für den Bericht des Ausschusses gesprochen hatten, ergriff Graf Andrassy das Wort. Er führte aus, die Einverleibung von Serbien und Montenegro wäre die schiefste und unglücklichste Politik gewesen, die man hätte befolgen können. Serbien sei wohl auch ein slavischer Staat, aber zugleich ein unabhängiger, mit einer Verfassung und eigener nationaler Entwickelung. Das serbische Volk hätte es nie verziehen, wenn Oesterreich ihm seine Unabhängigkeit genommen hätte. Ein Gleiches gelte von Montenegro. Statt des Dankes würde Oesterreich ewige Feindschaft eines ungetheilten Elementes gewonnen haben. Graf Andrassy widerlegte sodann die Behauptung des Grafen Apponyi, daß Rußland heute ungehindert durch Rumänien aus- und eingehen könne, wie durch sein eigenes Gebiet. Der Minister betonte hierbei, der Berliner Congreß habe ein unabhängiges Rumänien geschaffen, welches die Scheidewand zwischen der Türkei und Rußland bildet. Durch die von der Regierung befolgte Politik sei der Entschluß Rumäniens, seine Rechte zu vertheidigen, ein viel größerer geworden, als er früher gewesen. Schließlich widerlegte Graf Andrassy die Besorgniß, daß die Occupation den Dualismus erschüttern würde; weder die geographische noch die ethnographische Lage der occupirten Länder sei von solcher Art, daß sie die Monarchie erschüttern oder den Schwerpunkt derselben anders wohin verlegen würden. Die Rede wurde von anhaltendem lebhaftem Beifall begleitet. Schließlich wurde bei Abstimmung über den der Regierung zu gewährenden außerordentlichen Heerescredit pro 1879 der Antrag Hegedue's, unter Vorbehalt einer nachträglichen Verrechnung 20 Millionen zu bewilligen, mit großer Majorität angenommen.

Frankreich.

⊙ **Paris**, 12. Decbr. [Diplomatisches. — Rouland †.] Das Amtsblatt meldet die Abberufung des Gesandten in Madrid, Grafen de Chaudordy, der zur Disposition gestellt ist, und seine Ersetzung durch den Senator, Vice-Admiral Jaurès. Trotz der Erklärungen des Herrn Canovas del Castillo hat die spanische Regierung gegen die Ernennung des Herrn Horace de Choiseul Einwendungen erhoben, aber der Vice-Admiral Jaurès, der an seine Stelle tritt, ist nicht minder durch seine republikanischen Gesinnungen bekannt. — Der Bank-Gouverneur Rouland ist gestorben. Er war im Jahre 1806 geboren und bekleidete sein Amt in der Bank seit 1864. Als Politiker hat er sich stets durch seine entschieden reactionäre Gesinnung hervorgethan.

Belgien.

Brüssel, 11. Dec. [Annahme der Adresse des Repräsentantenhauses.] Der König, schreibt man dem „Frankf. Journ.", hat heute um 1 Uhr die Adresse des Repräsentantenhauses entgegengenommen und Folgendes erwidert: „Die Adresse des Repräsentantenhauses ist der Ausdruck einer Anhänglichkeit, die mich tief rührt und in meinem Herzen die dankbarste Erinnerung zurücklassen wird. Die Bande, welche die Dynastie und das Land verbinden, schürzen sich täglich enger. Als constitutioneller Monarch präsidire ich den Geschicken der Nation und bin der treue Wächter ihrer Institutionen und der Freiheiten, welche sie gewährleisten. Diese großen, mit Weisheit und Loyalität ausgeübten Freiheiten sind die Bürgen der Ordnung und die Lebensbedingung für die Wohlfahrt Belgiens. Ich wünsche aufs sehnlichste, daß die von einem gemeinsamen patriotischen Gedanken beseelten öffentlichen Gewalten sich bestreben mögen, Alles wahrzunehmen, was zum Wohlergehen des Landes beitragen kann, und ich halte mich überzeugt, daß meine Regierung dabei auf die Mitwirkung des Repräsentantenhauses zählen kann." Nie hat ein Fürst eine volksthümlichere, einfachere und mehr Freiheit athmende Sprache geführt, als Leopold II. Bedenkt man, daß die Minister im Begriffe stehen, sowohl in Betreff der Aufhebung der belgischen Gesandtschaft beim Vatican, wie in Betreff des öffentlichen Elementar-Unterrichts sehr entschiedene Vorschläge den Deputirten zu unterbreiten, so dürfte man noch weniger die Tragweite der königlichen Worte unterschätzen. Es ist erfreulich, mit solcher kraftvollen und tiefinnersten Ueberzeugung von einem Fürsten den Gedanken entwickeln zu hören, daß die Freiheit die Grundbedingung des Volkswohls ist und bleibt. Nachdem der Kammerpräsident der Versammlung die Worte des Königs mitgetheilt, setzte die Kammer die Generaldiscussion des Justizbudgets ohne meldenswerthe Zwischenfälle fort. — Das Contumacialverfahren gegen Langrand-Dumonceau findet in der zweiten Hälfte des Januar 1879 statt.

Provinzial-Zeitung.

G. T. **Breslau**, 16. Decbr. [Reform-Verbindung „Silingia."] Seit dem 13. Juni v. J. besteht hierselbst eine Reform-Verbindung „Silingia." Dieselbe verfolgt hauptsächlich das Ziel, den überkommenen Vorurtheilen und Mißbräuchen im akademischen Leben entgegenzuwirken und eine zeitgemäße Neugestaltung desselben zu erstreben. Als Mißbrauch verwirft die Verbindung namentlich die Bestimmungs- und pro patria-Mensur und verbietet ihren Mitgliedern das Ausfechten eines Zweikampfs mit Schlägern, indem sie den Grundsatz aufstellt, daß bei wirklich ehrenrührigen Beleidigungen der Schläger, namentlich gemißbraucht wie er jetzt wird, nicht ehrenreinigend sein könne, als Spielwerk aber denn doch zu gefährlich sei, wie traurige Beispiele hier und an anderen Hochschulen nur zu oft gezeigt haben. Zwar verwirft die Verbindung vom Standpunkte der Humanität und des Rechts jede Art von Duell im Prinzip, trägt aber den Zeitverhältnissen insoweit Rechnung, als sie zugiebt, daß in manchen, allerdings nur höchst seltenen Fällen, die angegriffene Ehre mit der Waffe in der Hand vertheidigt werden dürfe. Hierdurch unterscheidet sich die „Silingia" wesentlich von der hiesigen „Winfridia." Aber auch noch in einem anderen nicht unwichtigen Punkte findet ein Unterschied statt. Auf politischem Gebiete nämlich huldigt die Verbindung entschieden freiheitlichen, streng liberalen Grundsätzen und bethätigt dies dadurch, daß sie wöchentlich einen Abend Besprechungen über Politik und Vorträgen politischen Inhalts widmet. An einem anderen Abend pflegt sie die Wissenschaft durch Vorträge aus den verschiedensten Gebieten derselben. — In hartem Kampf hat sich die Verbindung zu ihrem jetzigen Standpunkt emporgerungen. Nicht ohne Bangen für ihr Fortbestehen schauten die ersten Mitglieder, ihrer Zahl nach gering, in die Zukunft. Doch hat sich die Idee des Wahren, die endliche Siegerin, auch hier wie Leipzigs und anderen Hochschulen bald siegreich Bahn gebrochen, und stolz können die Begründer der Verbindung auf die in stetem Wachsen begriffene Zahl ihrer Nachkommen blicken, welche unverbrüchlich festhalten an dem von jenen entrollten Panier mit der stolzen Devise:

„Ehre, Freiheit, Vaterland,
„Wissenschaft und Recht!"

[Stadttheater.] Berliner Zeitungen hatten in der letzten Zeit verschiedene ungenaue Mittheilungen über die Lage des hiesigen Stadttheaters gebracht. Dem Berliner „Fr. Bl." geht nun von hier aus folgende Zuschrift zu, welche im Wesentlichen die von uns gebrachten Mittheilungen vollinhaltlich bestätigt:

Die Gefertigten ersuchen die geehrte Redaction, anknüpfend an die vor einigen Tagen gebrachten Nachrichten über das hiesige Stadttheater, mittheilen zu wollen, daß das Unternehmen für die laufende Saison als ein gesichertes zu betrachten ist. — Die Differenzen zwischen der Direction und den Mitgliedern sind derart beigelegt, daß die gesammte Leitung in die Hände eines Comitees übertragen ist, welches aus den Mitgliedern des Theaters gewählt wurde; die Letzteren übernehmen dafür die Verpflichtung, unter allen Umständen den Betrieb des Theaters für dir Saison des Jahres 1878—1879 zu garantiren! Dieselben erklärten sich dazu vollständig bereit und konnten das um so eher, als auch durch eine umsichtige Leitung die Einnahmen des Theaters bedeutend gesteigert werden können. — Die bisherigen Einnahmen lieferten über den Gagen-Etat einen Ueberschuß von ca. 4000 M., und trat eine Stockung nur ein, weil das Theater von Hrn. Director Wirsing s. Z. mit einem unzureichenden Betriebscapital eröffnet wurde und dessen Ableben auf die hiesigen Verhältnisse nicht ohne schädigenden Einfluß einwirkte. — Für die Aufnahme bestens dankend

Hochachtungsvoll f. d. D.

J. A.: Carl Emil Schönfeld, E. Faltis, Felix Lüpschütz, H. Grans, Th. Bischoff, J. Wolff, S. Hajos, F. Guthery, F. Rieger.

---

† **Löwenberg**, 14. Decbr. [Kreistag. — Wahl. — Hohes Alter.] Unter Vorsitz des Landraths, Herrn v. Haugwitz, fand am 10. d. Mts. die diesjährige letzte Kreistags-Versammlung statt. — Aus dem Berichte über die Verwaltung der diesseitigen Prov.-Chausseen ersah der Kreistag die ungemeine Rührigkeit und Fürsorge des Landes-Bauinspectors Herrn Winkler, welcher nicht allein für das abgelaufene Jahr 47,430 M. zu diesseitigen Chausseen aus dem Provinzial-Fonds empfing, sondern auch für das nächste Jahr einen um 10,000 M. höheren Betrag für die nöthigsten Chaussee-Meliorationen, Brückenbauten 2c. in Aussicht gestellt erhielt. Bei solcher Sachlage beschließt die Versammlung Fortsetzung des am 29. November 1877 eingegangenen Contract-Verhältnisses mit Herrn Winkler-Bunzlau. — In der am vergangenen Freitag stattgefundenen Sitzung der Stadtverordneten wurde an Stelle des freiwillig resignirten Rathmanns Herrn Brendel (welcher vor seinem Ausscheiden aus dem Magistrats-Collegium zum Stadtältesten ernannt wurde) und nachdem Herr Rentier Scholz abgelehnt hatte, Herr Uhrmacher Kühn zum Rathmann gewählt. Hoffen wir,

daß derselbe die Wahl annehmen und das zwar mühevolle, aber auch segenspendende Decernat (Armenwesen) mit Ausdauer und Unparteilichkeit und zum Wohle der Commune verwalten wird. — Gestern beging der Nestor vielleicht aller schlesischer Pastoren, Herr Förster, bei seltener Geistes- und Körperfrische seinen 93. Geburtstag. — In dem benachbarten Naumburg a. Q. wurde in der jüngst stattgehabten öffentlichen Stadtverordneten-Sitzung der bisherige Bürgermeister, Herr Wrazidlo in Anbetracht um das communale Wohl jener Stadt, auf weitere 12 Jahre einstimmig wiedergewählt.

[Notizen a. d. Provinz.] * Ratibor. Der „Ob. Anz." schreibt unterm 14. December: Das Thermometer zeigte heute Morgen 6½ Uhr noch 14½ Grad Kälte, die bis zur Mittagszeit nicht erheblich nachgelassen hat. Selbst der hellen Mittagssonne weicht der dicke Reif der Bäume nicht.

+ Hirschberg. Wie dem „Boten" mitgetheilt wird, errichtet der vielbekannte Besitzer der Schneekoppen-Restaurationen, Herr Pohl, in der Nähe der Riesenbaude ein Hotel, dessen Grundmauern bereits fertig gestellt sind. Nächst diesen läßt Herr Pohl um das Hospiz auf der Schneekoppe an Stelle der hölzernen Barriere eine eiserne anbringen und wird auch seiner Zeit die Besucher des Riesengrundes mit der dort vorgenommenen Anpflanzung von Alpenrosen und Alpenmohn überraschen. Andererseits wird zur Bequemlichkeit der Touristen vom Melzergrunde bus nach der Riesenbaude ein neuer Weg ähnlich dem nach der Schneekoppe führenden gelegt.

△ Neisse, Die hies. „Liberal. Neiss. Ztg." schreibt: Da es außer allem Zweifel steht, das bei der am 17. d. Mts. stattfindenden Abgeordneten-Ersatzwahl der ultramontane Kandidat die Majorität erhält, so empfiehlt der Vorstand des hiesigen deutsch-patriotischen Vereins den liberalen Wahlmännern, sich der Wahl gänzlich zu enthalten. Es wäre schade um die Unkosten, welche sich die Wahlmänner von Auswärts machen wollten! Dies ist die allgemeine Stimmung, wenn auch einzelne liberale Wahlmänner (und zwar mit vollem Recht) anderer Meinung sind.

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Pest, 15. Decbr. Die Reichsraths-Delegation beharrte bei den meisten differirenden Beschlüssen. Die ungarische Delegation beharrte jedoch bezüglich der Berittenmachung der Hauptleute, der ersten Rate von 300,000 Fl. für ein neu zu erbauendes Citadelschiff und zweier unwesentlicher Posten auf den gefaßten Ablehnungsbeschlüssen.

Rom, 14. Decbr. Cairoli hat auf die Bildung eines neuen Cabinets verzichtet, da Anzeichen einer neuen Coalition der Fractionen der Kammer gegen ihn zu Tage getreten sind. Cairoli bezeichnete dem Könige den Präsidenten der Deputirtenkammer, Farini, als die geeignetste Persönlichkeit zur Bildung des neuen Cabinets; Farini hat dieselbe jedoch abgelehnt. Der König conferirte sodann mit den Führern der verschiedenen Fractionen der Kammer und beauftragte in Folge dieser Conferenzen Depretis mit der Cabinetsbildung. Letzterer hatte eine Unterredung mit verschiedenen politischen Persönlichkeiten und wird wahrscheinlich alsbald dem Könige mittheilen, ob er den ihm ertheilten Auftrag annimmt.

Rom, 14. Decbr. Cairoli zeigte der Deputirtenkammer an, daß der König die Demission des Cabinets angenommen habe und daß das Cabinet die Geschäfte bis zur Bildung des neuen Ministeriums fortführen werde. Die Kammer vertagte sich hierauf. — Der König hat mit mehreren hervorragenden politischen Persönlichkeiten Besprechungen über die noch immer schwierige parlamentarische Lage gehabt. — Gestern Abend fand eine Versammlung der Führer der Rechten statt, um sich über die ferner von ihnen zu beobachtende Haltung ins Einvernehmen zu setzen. Cairoli wohnte einer Versammlung der Führer der Linken bei, um zu prüfen, ob eine Vereinbarung möglich sei. Die Idee, ein neues Cabinet aus Elementen aller Fractionen zu bilden, stößt auf Schwierigkeiten.

Rom, 15. Decbr. Depretis übernahm nach Besprechung mit mehreren Staatsmännern die Mission, das Cabinet zu bilden.

Paris, 15. Decbr. Das „Journal des Debats" wiederholt das bereits anderweitig erwähnte Gerücht, daß England möglicherweise die Garantie für eine türkische Anleihe gegen die Abtretung des Hafens von Alexandrette übernehmen würde. Der letztgenannte Hafen solle als Ausgangspunkt für die kleinasiatische Eisenbahn dienen. — In ganz Frankreich, namentlich in Paris, hat gestern ein starker Schneefall stattgefunden.

Versailles, 14. Dec. Senat. Bei der Berathung des Budgets für das Ministerium des Auswärtigen richtete der Vicomte de Gontaut-Biron eine Interpellation über die Ausführung des Berliner Vertrages an die Regierung. Der Interpellant versicherte, keine Kritik ausüben zu wollen, er wünsche vielmehr nur, über die Zukunft vergewissert zu werden. Der Minister des Auswärtigen, Waddington, erklärte in Beantwortung der Interpellation, daß die Instructionen, welche die Bevollmächtigten Frankreichs für den Berliner Congreß hatten, dahin gegangen wären, die Interessen Frankreichs zu vertheidigen, den europäischen Frieden aufrecht zu erhalten, die Neutralität Frankreichs in keiner Weise zu compromittiren und jede Verpflichtung für die Zukunft zu vermeiden. Die Bevollmächtigten hätten sich ihrer Aufgabe in loyaler Weise entledigt. Er (der Minister) sei der Meinung, daß der Friede von der Ausführung des Vertrages abhängig sei. Er könne constatiren, daß zahlreiche Bestimmungen des Vertrages schon ausgeführt seien. Frankreich habe die Interessen Griechenlands vertreten, weil eine solche Haltung seiner traditionellen Politik entspräche. Die Verhandlungen in der griechischen Angelegenheit seien noch in der Schwebe. Frankreich sei bei derselben der Mitwirkung der anderen Mächte versichert worden. Es werde sich diese Mitwirkung als eine europäische, auf die Initiative Frankreichs hin unternommene Action darstellen. Europa setze Vertrauen in die französische Regierung. Frankreich habe keine Verpflichtung übernommen, werde auch keine eingehen und werde frei bleiben, wie es frei den Congreß verlassen habe. — Auf eine Interpellation Larcy's erklärte der Minister des Innern, daß er das Vorgehen des Maires von Marseille billige, welcher Prozessionen verboten hatte, die man zu politischen Manifestationen ausbeuten wollte. Er werde dafür Sorge tragen, daß das Gesetz von Allen geachtet werde.

London, 15. Decbr. Nach einer Meldung aus Capetowne hat der Gouverneur dem Könige der Zulus, Cetewayo, ein Ultimatum übersandt.

Bristol, 14. Decbr. Bei der heutigen Wahl eines Mitgliedes zum Unterhause wurde Fry (liberal) mit 9342 Stimmen gegen Ivor Guest (conservativ) gewählt, der 7795 Stimmen erhielt.

Lahore, 15. Decbr. General Roberts hat die Recognoscirung des Shutergardan am 9. d. beendet; die Truppen leiden von der starken Kälte. Der Vormarsch ist so weit als nöthig beendet. Der Weg bis zur Spitze des Khotuls war leichter als man erwartet hatte. — General Roberts ist am 10. d. nach Alikhel zurückgekehrt, ohne einen Schuß abgefeuert zu haben. — Die Stämme der Jagis und Ghilzais haben sich als freundlich gesinnt gezeigt. — Die Stellung bei Peiwar ist in Vertheidigungszustand gesetzt worden. — Oberst Browne meldet, das bei Dakka alles ruhig ist. — General Biddulf hat den Kojeck-Paß besetzt; kein Paß befindet sich in feindlichen Händen.

Petersburg, 15. Decbr. Anläßlich des Ablebens der Großherzogin Alice von Hessen ist eine dreiwöchentliche Hoftrauer angeordnet worden.

Konstantinopel, 15. Decbr. Nach hier eingegangenen Nachrichten aus Philippopel vom 14. d. Mts. ist der Finanzdirector von Ostrumelien, Schmidt, auf seiner Reise behufs Inspizirung der Kassen in Jenizagra von der bulgarischen Bevölkerung gewaltsam zur Einstellung seiner Functionen und zur Rückreise gezwungen worden.

Alexandrien, 14. Decbr. Das Amtsblatt veröffentlicht einen Erlaß des Finanzministers Wilson, durch welchen die Abschaffung der englischen und französischen Generalcontroleure vorgeschlagen wird, vorausgesetzt, daß die Staatsschuldenkasse sich hiermit einverstanden erklärt. Das italienische Mitglied der Staatsschuldenkasse, Naravellie ist zum Ober-Berichterstatter ernannt worden; Blum wurde zum Unterstaatssecretär im Finanzministerium und Fitzgerald zum Generalcontroleur der Rechnungen ernannt.

(Aus Hirsch' telegraphischem Bureau.)

Petersburg, 13. Dec. Gemäß den Bestimmungen des Berliner Vertrages wird am 27. December in Tirnowo eine bulgarische Nationalversammlung zusammentreten. Die Assemblee wird die Gesetze betreffs Organisirung Bulgariens berathen und die Wahl eines Fürsten vornehmen.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

(W. T. B.) **Paris**, 15. December, Abends. [Boulevard-Verkehr.] 3% amortisirbare Rente 79, 72½, 3% Rente —, Anleihe von 1872 112, 92½, Türken 12, 10, Spanier exter. —, —, do. intér. —, —, neue Egypter 246, 25, Chemins égyptiens —, —, Türkenloose —, —, Banque ottomane 481, 87, Italiener 75, 80, österr. Goldrente —, —, ungar. Goldrente 74½, 1877er Russen 86⅛. Fest.

Berlin, 15. Decbr., Nachm. 1 Uhr 10 Min. [Privatverkehr.] Creditactien 400,50—401,00—400,00, Franzosen 443,50—443,00 Lombarden 115,00—114,50—115,00, 1860er Loose 108,75, österr. Silberrente —,—, do. Papierrente 53,25, do. Goldrente 62,60, ungarische Goldrente 72,75, Italiener 74,10, Türken —,—, 5proc. Russen 82,60, Russische Noten per ultimo 197,50—197,25, Rumänier 34,50—34,40, Köln-Mindener Bahn 102,60 bis 101,75, Bergisch-Märkische Bahn 75,75—75,50, Rheinische Bahn 107,00, Berlin-Stettiner Bahn 96,50, Oberschlesische Bahn —,—, Galizier 101,75, Disconto-Commandit 132,00—131,75, Deutsche Bank —, Darmstädter Bank —, Reichsbank —, Laurahütte 69,00. Ganz geschäftslos, Course theils nominell, — Nachbörse: Unverändert.

Frankfurt a. M., 15. Decbr., Nachm. [Effecten-Societät.] Wiener Wechsel —. Böhmische Westbahn —. Elisabethbahn 137¼. Galizier 202¾. Franzosen 221. Lombarden 57¾. Nordwestbahn —. Silberrente 54¼. Papierrente —. Goldrente 62⅞. Ungar. Goldrente 72⅞. 1877er Russen 82⅝. Amerikaner de 85 —, —. 1860er Loose 109¼. 1864er Loose —, —. Creditactien 198½. Oesterr. Nationalbank —, —. Darmst. Bank 114⅝. Meininger Bank —, —. Hess. Ludwigsb. —, —. Ungar. Staatsloose —, —, do. Schatzanw., alte —, —, do. do. neue —, —. Reichsbank —. Schwach.

Nach Schluß der Börse: Creditactien 198½, Franzosen 220¾, 1877er Russen —.

Hamburg, 14. Decbr., Nachmittags. [Schluß-Course.] Hamburger St.-Pr.-A. 115⅞, Silberrente 54⅛, Oest. Goldrente 62½, Ung. Goldrente 72¾, Creditactien 199, 1860er Loose 109, Franzosen 552, Lombarden 142, Ital. Rente 74⅛, Neueste Russen 82½, Vereinsbank 119¾, Laurahütte 69¼, Commerzbank 101, Norddeutsche 139½, Anglo-deutsche 30, Int. Bank 82⅝, Amerik. de 1885 98¼, Köln-Minden. St.-A. 102½, Rhein. Eisenb. do. 107¼, Bergisch-Märkische do. 76¼, Disconto 3½ pCt. — Schluß fest, aber sehr still.

Hamburg, 15. Decbr., Nachm. [Privatverkehr.] Oesterr. Silberrente 54, do. Papierrente 53, do. Goldrente 62⅜, 1860er Loose 108¾, Credit-Actien 198½, Lombarden 142, Franzosen 551½, Rheinische Bahn —. Bergisch-Märkische Bahn —, 1877er Russen 82½, ungarische Goldrente 72¾. — Geschäftslos.

Wien, 15. Dec., Nachm. [Privatverkehr.] Creditactien 230,40, Franzosen —, —, Galizier —, —, Anglo-Austrian 97, 70, Lombarden —, —, Papierrente 61, 62, österr. Goldrente —, —, ungar. Goldrente 84, 50, Marknoten 57, 75, Napoleons 9, 35.

Hamburg, 14. Decbr., Nachm. [Getreidemarkt.] Weizen loco ruhig, auf Termine fest. — Roggen loco behauptet, auf Termine fest. Weizen per December-Januar 173 Br., 172 Gd., per April-Mai 180½ Br., 179½ Gd. Roggen per Dec.-Jan. 120 Br., 119 Gd., per April-Mai 122 Br., 121 Gd. Hafer still. Gerste still. Rüböl ruhig, loco 59, per Mai 58½. Spiritus still, per December 44¼ Br., per Februar-März 43½ Br., per April-Mai 43½ Br., per Mai-Juni 43½ Br. Kaffee schleppend, Umsatz 1500 Sack. Petroleum ruhig, Standard white loco 8, 80 Br., 8, 60 Gd., per December 8, 60 Gd., per Januar-März 9, 00 Gd. — Wetter: Frost.

Liverpool, 14. Decbr., Vormittags. [Baumwolle.] (Anfangsbericht.) Muthmaßlicher Umsatz 7000 Ballen. Unverändert. Tagesimport 4000 B. amerikanische.

Liverpool, 14. Decbr., Nachmittags. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Umsatz 7000 Ballen, davon für Speculation und Export 2000 Ballen. Amerikanische fester. Surats matt. Futures ¹/₃₂ höher. Amerikauer aus irgend einem Hafen Februar-März-Lieferung 5 D.

Pest, 14. Decbr., Vormittags 11 Uhr. [Productenmarkt.] Weizen loco günstiger. Termine ruhig, per Frühjahr 8, 65 Gd., 8, 67 Br., Hafer per Frühjahr 5, 85 Gd., 5, 87 Br. Mais (Banat) per Frühjahr 4, 92 Gd., 4, 95 Br. — Wetter: Prachtvoll, starker Eisgang.

Paris, 14. Decbr., Nachm. [Productenmarkt.] (Schlußbericht.) Weizen ruhig, per December 27, 00, pr. Januar-Februar 27, 00, per März-April 27, 50, März-Juni 27, 50. Mehl ruhig, per December 59, 50, per Januar-Februar 60, 00, per März-April 60, 50, per März-Juni 61, 00 Rüböl ruhig, per December 84, 25, per Januar 84, 25, per Januar-April 84, 50, per Mai-August 84, 75. Spiritus ruhig, per Decbr. 62, 00, per Januar-April 60, 25. — Wetter: Schnee.

Paris, 14. Decbr., Nachm. Rohzucker ruhig, Nr. 10/13 pr. Decbr. pr. 100 Kilgr. 50, 50, Nr. 5 7/8 pr. December per 100 Klgr. 56, 50. Weißer Zucker ruhig, Nr. 3 per 100 Kilogr. per December 59, 50, per Januar 59, 75, per Januar-April 60, 50.

Antwerpen, 14. Decbr., Nachmittags. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Weizen flau. Roggen ruhig. Hafer vernachlässigt. Gerste unbelebt.

Antwerpen, 14. Decbr., Nachmittags 4 Uhr 30 Min. [Petroleum Markt.] (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 22 bez., 22¼ Br., per Januar 22 Br., per Februar 22 Br., per März 22 Br. — Weichend.

Bremen, 14. Decbr., Nachm. Petroleum ruhig. (Schlußbericht.) Standard white loco 8, 55, per Januar 8, 55, per Februar 8, 70, per März-April 8, 85.

Berlin, 14. Decbr. Spiritus loco ohne Faß 52,6 M. bez., per Decbr. 52,4 Mark bez., per December-Januar 51,8 M. bez., Januar-Februar 51,8 Mark bez., per April-Mai 53—53,1 M. bez., per Mai-Juni 53,1—53,3 M. bez., per Juni-Juli 54—54,1 Mark bez. Gek. — Liter. Kündigungspreis — Mark.

Breslau, 16. Dec., 9½ Uhr Vorm. Die Stimmung am heutigen Markte war für Getreide fester, bei schwächerem Angebot Preise gut behauptet.

Weizen, feine Qualitäten mehr beachtet, pr. 100 Kilogr. schlesischer neuer weißer 13,30—15,70—17,00 Mark, neuer gelber 13,00—15,40 bis 16,40 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Roggen, zu besseren Preisen gefragt, pr. 100 Kilogr. 10,80 bis 11,80 bis 12,30 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Gerste, nur feine Qualitäten behauptet, pr. 100 Kilogr. neue 12,30 bis 13,30 Mark, weiße 14,00—14,60 Mark.

Hafer gut preishaltend, pr. 100 Kilogr. neuer 9,80—10,30—11,00 bis 12,10 Mark.

Mais in matter Stimmung, pr. 100 Kilogr. 10,80—11,60—12,00 Mark.

Erbsen in matter Haltung, pr. 100 Kilogr. 12,80—13,80—16 Mark, Victoria- 17—18—19,50 Mark.

Bohnen schwache Kauflust, pr. 100 Kilogr. 15,50—16,50—18 Mark.

Lupinen ohne Aenderung, pr. 100 Kilogr. gelbe 8,00—8,20—8,50 Mark, blaue 8,00—8,10—8,40 Mark.

Wicken schwacher Umsatz, pr. 100 Kilogr. 10,40—11,00—11,60 Mark.

Oelsaaten mehr Kauflust.

Schlaglein unverändert.

Pro 100 Kilogramm netto in Mark und Pf.

Schlag-Leinsaat	24	—	21	—	19	—
Winterraps	23	75	20	50	18	—
Winterrübsen	23	—	20	—	18	—
Sommerrübsen	23	—	20	—	18	—
Leindotter	20	—	19	—	17	—

Rapskuchen schwach gefragt, pr. 50 Kilogr. 6,30—6,60 Mark.

Leinkuchen ohne Aenderung, pr. 50 Kilogr. 8,10—8,50 Mark.

Kleesamen schwacher Umsatz, rother feine Qualitäten behauptet, pr. 50 Kilogr. 35—39—43 Mark, — weißer unverändert, pr. 50 Kilogr. 42 bis 55—63 Mark, hochfeiner über Notiz.

Thymothee nominell, pr. 50 Kilogr. 15—18—19 Mark.

Mehl ohne Aenderung, — pr. 100 Kilogr. Weizen fein 24,75—26,75 Mark, Roggen fein 18,25—19,25 Mark, Hausbacken 18,00—18,50 Mark, Roggen-Futtermehl 8—9 Mark, Weizenkleie 6,75—7,25 Mark.

Heu 2,80—3,00 Mark pr. 50 Kilogr.

Roggenstroh 18,00—20,00 Mark pr. Schock à 600 Kilogr.

Halle-Sorau-Gubener Eisenbahn

Die Einnahmen pro Monat November 1878 betragen (provisorisch ermittelt):

1) aus dem Personen-Verkehr	80,690 Mark
2) aus dem Güter- und Vieh-Verkehr	379,440 „
3) aus dem Extraordinarium	14,774 „
Summa pro November	474,904 Mark
Die Einnahme pro November 1877 beträgt (definitiv festgestellt)	432,482 „
Mithin pro 1878 mehr	42,422 Mark
Einnahme bis Ende November 1878	5,150,928 „
„ „ „ „ 1877	4,492,778 „
Mithin pro 1878 mehr	658,150 Mark

Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

Dec. 14., 15.	Nachm. 2 U.	Abends 10 U.	Morgens 6 U.
Luftwärme	— 5°,7	— 9°,0	— 5°,3
Luftdruck bei 0°	329''',71	328''',58	327''',01
Dunstdruck	1''',02	0''',79	1''',02
Dunstsättigung	87 pCt.	95 pCt.	84 pCt.
Wind	SO. 0.	SO. 1.	SO. 1.
Wetter	heiter.	heiter.	bedeckt.

Dec. 15., 16.	Nachm. 2 U.	Abends 10 U.	Morgens 6 U.
Luftwärme	— 2°,1	— 3°,5	— 3°,1
Luftdruck bei 0°	327''',97	329''',61	330''',49
Dunstdruck	1''',23	1''',28	1''',34
Dunstsättigung	74 pCt.	88 pCt.	89 pCt.
Wind	SW. 1.	SO. 0.	SO. 0.
Wetter	bedeckt.	trübe.	bedeckt.

Sprechsaal.

In's Stammbuch der „Schles. Volksztg."

Die „Schles. Volksztg." fühlt sich in ihrer Nr. 284 zu der Notiz bemüßigt, daß sich zum Capitel „Staatspfarrer und Lehrer" sehr viel schreiben ließe. Zweck dieser Notiz ist eine Reclame für den frühern Lehrer und Organisten in Rudno, Herrn Schwalbe, der, von der Regierung im Disciplinarwege zur Versetzung in eine andere Stellung verurtheilt, es vorzog, sich als Kaufmann zu etabliren und als solcher Cigarren-Lieferant des Pfarrers von Rachowitz geworden ist. Diesen bedauerlichen Berufswechsel hat meiner Ansicht nach die „Schles. Volksztg." allein auf dem Gewissen; ihre Hetzereien ließen den sonst nicht unzugänglichen Lehrer nicht zur Ruhe kommen in seinem Verhältniß zum Herrn Pfarrer Büchs.

Ich habe mit dieser Angelegenheit nur soweit zu thun gehabt, als ich meinen Herrn Confrater Büchs bat, möglichst Geduld und Schonung walten zu lassen; in unseren Stellungen sind nun einmal „Geduld, Vernunft und Zeit" die wichtigsten Factoren. Allein die Liebe der „Schles. Volksztg." zu mir ist so groß, daß sie sich auch in der Reclame für Schwalbe'sche Cigarren hervordrängt. Nur darum recurrirt sie bei dieser Gelegenheit auf eine Briefkastennotiz ihrer Nr. 278 „Nach L.", welche offenbar auf hiesige Verhältnisse abzielt und in der Verbindung mit der Schwalbe'schen Affäre in ultramontanen Kreisen den Glauben erwecken soll, als gäbe es auch in der Leschnitzer Gemeinde viel zu schreiben zu dem Capitel „Staatspfarrer und Lehrer."

Freilich gäbe es zu diesem Capitel auch bei uns Manches zu schreiben; nur leider nichts, was der „Schles. Volksztg." in den Kram paßte. Frei von unduldsamer Ehrfurcht und brutalem Autoritätsneid, welche nur zu oft das Verhältniß zwischen Pfarrer und Lehrer wie das zwischen „Hund und Katze" gestalten, gönne ich meinen Lehrern recht gern das Ansehen, das sie in ihren Gemeinden genießen. Ohne parteiliche Voreingenommenheit achtend und anerkennend, was sie in ihrem Berufe leisten, erfreue ich mich eines herzlichen und freundschaftlichen, zum mindesten aber freundlichen Einvernehmens mit ihnen, selbst mit denen, die ihren Ultramontanismus offen zur Schau tragen.

Die „Schles. Volksztg." höre und staune über einen „Staatspfarrer!"

Als Mitglied des Verwaltungsraths der hiesigen Idiotenanstalt habe ich die ultramontanen Lehrer an derselben erfolgreich gegen Härten in Schutz genommen, ja, ihnen sogar ausdrücklich erklärt, daß sie den hiesigen Pfarrgottesdienst nicht besuchen dürften, wenn sie in ihrem Gewissen, auch wenn dieses irrig sei, dagegen Bedenken trügen!

Der Rector einer Schule, welcher ich als Local-Schulinspector vorstehe, ließ sein Kind in einer fremden Parochie taufen, und ich machte nicht einmal den Versuch, ihn hiervon abzubringen, obwohl dieser Vorfall als übles Beispiel mir sehr peinlich war!

Herr Rector Marcy würde der „Schles. Volksztg." erzählen können, daß ich für die Gemeinde Annaberg nahezu ein Retter ihres Wohlstandes geworden bin und vom Volke selbst als solcher anerkannt werde!

Solche „Staatspfarrer" sind freilich ein Gräuel in den Augen der „Schles. Volksztg."

Nun könnte ich noch recht viel schreiben über die Mühe, die ich mir gegeben, über die Opfer, welche ich gebracht, um meine Kirchenbeamten zu einem Ersatz für ihre Ausfälle an Stolgebühren zu verhelfen. Wir sollen ja die gesetzlich uns zustehenden Jurisdictionsgebühren nicht einfordern dürfen; das Centrum, das bekanntlich nur den ultramontanen Geistlichen gestattet, ihren Lämmern die Wolle abzurupfen, würde darüber die Nase rümpfen. Warum nun alle meine Bemühungen für meine Kirchenbeamten bisher von wenigem Erfolge blieben, (mein Küster nagt geradezu am Hungertuche,) erfahre ich jetzt erst officiell durch die „Schlesische Volkszeitung", deren Beziehungen bekanntlich durch das Centrum bis in die höchsten Kreise hineinreichen. Genannte Zeitung tröstet meinen Organisten mit folgenden Worten: „Die Regierung entschädigt die Lehrer für den Ausfall der Stolgebühren in den von Staatspfarrern occupirten Gemeinden **nicht**. (In ultramontanen Gemeinden thut sie es also?) Diese Herren (die Staatspfarrer oder deren Kirchenbeamten?) sind leider in diesen Fällen schwer geschädigt." (Vgl. den Briefkasten in Nr. 278 der „Schles. Volksztg."!) Daneben verhöhnt dieselbe Zeitung (Nr. 279) den Cultusminister, daß er die etatmäßig zur Aufbesserung der Kirchenbeamtengehälter ausgesetzten Gelder nicht loswerden könne!

Und da wagt man uns „**Staats**"-Pfarrer zu nennen! Ich selbst habe mich in der Arbeit für unseren kirchenpolitischen Standpunkt und in der Sorge für den ärmeren Theil der hiesigen staatstreuen Katholiken so erschöpft, daß ich in der „Bresl. Ztg." öffentlich betteln gehen mußte!

Zum Schluß noch ein Stückchen zum Capitel „Staatspfarrer und Lehrer." Es soll der Oeffentlichkeit zeigen, was die „Schles. Volksztg.", die an ihrer dreisten Stirn die Worte „Wahrheit, Freiheit und Recht" trägt, ihrem Gewissen zuzumuthen vermag, wenn es sich um einen „Staats"pfarrer handelt. Sie ließ mich am 24. October 1876 die Dorfschule von Ksienzawisch besuchen und dabei die Schulkinder vor mir die Flucht ergreifen, so daß ich mit dem Lehrer allein im Schulzimmer geblieben sei. An dem ganzen Bericht war auch nicht ein Wort wahr. Herr Rector Gottschalk fühlte sich dadurch in der Disciplin seiner Schule verdächtigt und bat deshalb die „Schles. Volsztg." um Widerruf, was ja einer ehrlichen und wahrheitsliebenden Redaction nicht schwer fallen könne; er erhielt zur Antwort: man könne nicht widerrufen, weil man sonst den Namen des verleumdeten Lehrers neben dem meinigen nennen müßte, was Ersteren doch wegen seines Verhältnisses zu den Kindern und deren Eltern peinlich sein mußte. Herr Gottschalk vermochte eine solche Wahrheitslogik nicht zu verstehen und beharrte auf seiner Forderung des Widerrufs. Keine Antwort. Darauf eingeschriebene Mahnung und endlicher Bescheid: „Verklagen Sie uns beim Staatsanwalt! Wir widerrufen nicht!"

Und eine Zeitung, die in der Ehrlichkeit so Unerhörtes zu leisten vermag, wagt sich zur Splitterrichterin anderer Zeitungen aufzuwerfen.

Dies ins Stammbuch der „Schles. Volksztg." Mag sie aufhören, mit unmoralischen Praktiken gegen uns zu hetzen, und sie wird zum Capitel „Pfarrer und Lehrer" aus unsern Pfarreien bald weniger zu schreiben haben, als aus ultramontanen Pfarreien.

Konst. Sterba, Pfarrer.

Pest, 14. Decbr. [Ziehung der Ungarischen Loose.] Gezogene Serien: Nr. 107 872 1096 1233 1365 1671 1744 2251 2267 2505 3159 3343 3453 3614 3663 3842 3862 4007 4063 4186 4212 4216 4301 4780 5044 5156 5530 5889.

Haupttreffer von 150,000 Fl. fiel auf Ser. 4301 Nr. 2, 15,000 Fl. fielen auf Serie 3343 Nr. 26 und 5000 Fl. auf Serie 4063 Nr. 5.

Berliner Börse vom 14. December 1878.

Fonds- und Geld-Course.

Deutsche Reichs-Anl.	4	95,60 bzG
Consolidirte Anleihe	4½	104,60 bz
do. do. 1876	4	95,10 bz
Staats-Anleihe	4	94,90 bz
Staats-Schuldscheine	3½	92,10 bz
Präm.-Anleihe v. 1855	3½	147,00 B
Berliner Stadt-Oblig.	4½	102,00 bz
Pfandbriefe: Berliner	4½	101,50 G
Pommersche	3½	84,20 G
do.	4	94,70 bz
do.	4½	102,20 B
do. Lndsch. Crd.	4½	— —
Posensche neue	4	94,80 bz
Schlesische	3½	86,70 bz
Lndschaftl. Central	4	94,80 bz
Rentenbriefe: Kur- u. Neumärk.	4	95,80 bz
Pommersche	4	95,80 B
Posensche	4	95,20 bz
Preussische	4	95,00 bzG
Westfäl. u. Rhein.	4	98,00 G
Sächsische	4	97,00 G
Schlesische	4	96,75 G
Badische Präm.-Anl.	4	121,90 bz
Baierische 4% Anleihe	4	123,90 bz
Cöln-Mind. Prämiensch	3½	115,40 bz
Sächs. Rente von 1876	3	72,80 B

Kurh. 40 Thaler-Loose 241,90 bz
Badische 35 Fl.-Loose 144,30 bz
Braunschw. Präm.-Anleihe 81,50 bzG
Oldenburger Loose 136,75 bz

Ducaten — —	Dollars 4,18 G
Sover. 20,43 G	Oest. Bkn. 173,50 bz
Napoleon 16,17 bz	do. Silbergd — —
Imperials 16,67 G	Russ. Bkn. 196,80 bz

Hypotheken-Certificate.

Krupp'sche Partial-Ob.	5	107,90 bz
Unkb. Pfd. d. Pr. Hyp.-B.	4½	95,00 bzG
do. do.	5	102,00 bzG
Deutsche Hyp.-B.-Pfb.	4½	94,50 bzG
do. do. do.	5	100,40 bzG
Kündbr. Cent.-Bod.-Cr.	4½	100,00 G
Unkünd do. (1872)	5	101,50 bz
do. rückzb. à 110	5	106,20 bz
do. do. do.	4½	98,40 bz
Unk. H. d. Pr. Bd.-Crd. B.	5	— —
do. III. Em. do.	5	99,50 bzG
Kündb. Hyp. Schuld. do.	5	100,00 bz
Hyp.-Anth. Nord-G. C-B	5	93,00 bzG
do. do. Pfandbr.	5	92,25 bzG
Pomm. Hyp.-Briefe	5	95,50 G
do. do. II. Em.	5	87,50 bzG
Goth. Präm.-Pf. I. Em.	5	106,50 B
do. do. II. Em.	5	103,90 bzG
do. 5% Pf. rkzlbr. m. 110	5	96,20 bz
do. 4½ do. do. m. 110	4½	90,40 bz
Meininger Präm.-Pfdb.	4	106,75 bz
Pfdb. d. Oest. Bd.-Cr.-Ge.	5	95,00 G
Schles. Bodencr.-Pfdbr.	5	98,90 G
do. do.	4½	94,50 G
Südd. Bod.-Cred.-Pfdb.	5	103,60 G
do. do. 4½%	4½	98,70 G

Ausländische Fonds.

Oest. Silber-R. (1/1.-1/7.)	4⅕	54,30 bzB
do. (1/4.-1/10.)		54,30 G
do. Goldrente	4	62,75 bz
do. Papierrente	4⅕	53,20 bzB
do. 54er Präm.-Anl.	4	102 bz
do. Lott.-Anl. v. 60	5	108,60 bz
do. Credit-Loose	fr.	303,40 bzB
do. 64er Loose	fr.	254,40 bzB
Russ. Präm.-Anl. v. 64	5	145,60 bz
do. do. 1866	5	143,20 bzG
do. Bod.-Cred.-Pfdbr.	5	72,90 bz
do. Cent.-Bod.-Cr.-Pfb.	5	74 bz
Russ.-Poln. Schatz-Obl.	4	— —
Poln. Pfndbr. III. Em.	5	60,30 bz
Poln. Liquid.-Pfandbr.	4	54,70 bz
Amerik. rückz. p. 1881	6	104,75 G
do. do. 1885	6	99,30 G
do. 5% Anleihe	5	104,10 bzG
Ital. 5% Anleihe	5	— —
Ital. Tabak-Oblig.	6	— —
Raab-Grazer 100 Thlr. L.	4	71,50 B
Rumänische Anleihe	8	— —
Türkische Anleihe	fr.	12,00 bzG
Ungar. Goldrente	6	72,90 bzB
Ung. 5% St.-Eisnb.-Anl.	5	71,50 bzB

Schwedische 10 Thlr.-Loose —
Finnische 10 Thlr.-Loose 39,40 G
Türken-Loose 38,40 bz

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

Berg.-Mark. Serie II.	4½	100,50 B
do. III. v. St. 3½ g.	3½	84,80 G
do. do. VI.	4½	99,80 bzG
do. Hess. Nordbahn.	5	103,40 B
Berlin-Görlitz	5	101,75 G
do.	4½	— —
do. Lit. C.	4½	84,75 G
Breslau-Freib. Lit. D.	4½	97,50 G
do. Lit. E. F.	4½	97,50 G
do. do. H.	4½	94,30 G
do. do. J.	4½	94,50 B
do. do. K.	4½	94,50 B
do. von 1876.	5	101,75 bzG
Cöln-Minden III. Lit. A.	4	93 G
do. Lit. B.	4½	100,10 bzG
do. IV.	4	93,70 B
do. V.	4	92,60 G
Halle-Sorau-Guben	4½	101,75 bz
Hannover-Altenbeken.	4½	96,60 G
Märkisch-Posener	5	— —
N.-M. Staatsb. I. Ser.	4	96,25 B
do. do. II. Ser.	4	94 G
do. do. Obl. I. u. II.	4	96,50 G
do. do. III. Ser.	4	93,50 G
Oberschles. A.	4	— —
do. B.	3½	— —
do. C.	4	— —
do. D.	4	93 B
do. E.	3½	86,25 B
do. F.	4½	101,00 G
do. G.	4½	100,00 bzB
do. H.	4½	101,25 G
do. von 1869.	5	101,75 bz
do. von 1873.	4	92 B
do. von 1874.	4½	102,20 B
do. Brieg-Neisse	4½	— —
do. Cosel-Oderb.	4	— —
do. do.	5	103,50 B
do. Stargard-Posen	4	— —
do. do. II. Em.	4½	— —
do. do. III. Em.	4½	— —
do. Ndrschl. Zwgb.	3½	78,50 bzG
Ostpreuss. Südbahn	4½	99,50 G
Rechte-Oder-Ufer-B.	4½	100,40 bz
Schlesw. Eisenbahn	4½	99,75 G
Dux-Bodenbach	fr.	65,75 bzB
do. II. Emission	fr.	56,75 bzB
Prag-Dux	fr.	19,60 G
Gal. Carl-Ludw.-Bahn	5	86,00 G
do. do. neue	5	85,40 G
Kaschau-Oderberg	5	59,50 G
Ung. Nordostbahn	5	57,40 bzG
Ung. Ostbahn	5	54,20 bzB
Lemberg-Czernowitz	5	65,90 B
do. do. II	5	67,75 G
do. do. III.	5	62,10 bzG
do. do. IV.	5	58,60 B
Mährische Grenzbahn	5	55,00 G
Mähr.-Schl. Centralb.	fr.	18,60 G
do. II.	fr.	— —
Kronpr. Rudolf-Bahn	5	65,10 G
Oesterr.-Französische	3	339,20 bzG
do. do. II.	3	327,50 G
do. südl. Staatsbahn	3	239,25 bzG
do. neue	3	239,00 G
do. Obligationen	5	83,00 B
Rumän. Eisenb.-Oblig.	6	82,90 bzG
Warschau-Wien II.	5	95,50 G
do. III.	5	93,00 G
do. IV.	5	83,50 B
do. V.	5	79,80 B

Wechsel-Course.

Amsterdam 100 Fl.	8 T.	4	168,80 bz
do. do.	2 M.	4	167,75 bz
London 1 Lstr.	3 M.	5	20,27 bz
Paris 100 Frcs.	8 T.	3	80,90 bz
Petersburg 100 SR.	3 M.	6	195,80 bz
Warschau 100 SR.	8 T.	6	196,40 bz
Wien 100 Fl.	8 T.	4½	173,00 bz
do. do.	2 M.	4½	171,80 bz

Eisenbahn-Stamm-Actien.

Divid. pro	1876	1877		
Aachen-Mastricht	1	½	4	12,75 bz
Berg.-Märkische	3¾	3⅓	4	76,00 bz
Berlin-Anhalt	6	5¾	4	87,50 bz
Berlin-Dresden	0	0	4	7,50 bz
Berlin-Görlitz	0	0	4	10,50 bzG
Berlin-Hamburg	11	11½	4	194,00 bz
Berl.-Potsd-Magdb	3½	3½	4	79,75 bz
Berlin-Stettin	8 9/10	7 1/10	4	95,50 bzG
Böhm. Westbahn	5	5	5	68,75 bz
Bresl.-Freib.	5	2½	4	63,25 bzB
Cöln-Minden	5¼	5 1/20	4	102,50 bz
Dux-Bodenbach. B.	0	0	4	15,00 G
Gal. Carl-Ludw.-B.	7	9 2/7	4	101,75 bz
Halle-Sorau-Gub.	0	0	4	10,25 bz
Hannover-Altenb.	0	0	4	9,75 bzG
Kaschau-Oderberg	4	4	5	42,25 bz
Kronpr. Rudolfb.	5	5	5	49,60 bzG
Ludwigsh.-Bexb.	9	9	4	184,30 B
Märk.-Posener	0	0	4	15,00 bzG
Magdeb.-Halberst.	8	8	4	124,25 bz
Mainz-Ludwigsh.	5	5	4	66,00 bzB
Niederschl.-Märk.	4	4	4	96,75 bz
Oberschl. A. C. D. E.	9⅔	8½	3½	125,40 bzB
do. B.	9⅔	8½	3½	126 B
Oesterr.-Fr. St.-B.	5 2/5	6	4	444,00-443
Oest. Nordwestb.	5	4,15	5	— —
Oest. Südb. (Lomb.)	0	0	4	114,50-115
Ostpreuss. Südb.	0	0	4	41,00 bzG
Rechte-O.-U.-B.	6 2/5	6⅓	4	105,60 etbzG
Reichenberg-Pard.	4½	4	4½	35,50 etbzG
Rheinische	7½	7	4	107,25 bz
do. Lit. B. (4% gar.)	4	4	4	92,90 bzG
Rhein-Nahe-Bahn	0	0	4	5,00 bzG
Rumän. Eisenbahn	1	2	4	34,30 bz
Schweiz Westbahn	3/5	0	4	11,70 bz
Stargard-Posener	4½	4½	4½	100,70 B
Thüringer Lit. A.	9¼	7½	4	114,50 bz
Warschau-Wien.	6⅔	5	4	175,50 G

Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Actien.

Berlin-Dresden	0	0	5	18,50 bz
Berlin-Görlitzer	0	0	5	29,00 bzG
Breslau-Warschau	0	0	5	24,00 bzG
Halle-Sorau-Gub.	0	0	5	37,50 bzG
Hannover-Altenb.	0	0	5	22,90 bzB
Kohlfurt-Falkenb.	0	0	5	17,25 G
Märkisch-Posener	3¾	4½	5	87,20 bzG
Magdeb.-Halberst.	3½	3½	3½	75,50 bz
do. Lit. C.	5	5	5	103,75 bzG
Ostpr. Südbahn	5	5	5	88,90 bz
Rechte-O.-U.-E.	6 2/5	6⅓	5	111,25 bzG
Rumänier	8	8	8	86,50 bzB
Saal-Bahn	0	0	5	— —
Weimar-Gera	0	0	5	11 B

Bank-Papiere.

Alg. Deu. Hand.-G.	0	2	4	26,00 B
Anglo Deutsche Bk.	0	0	4	— —
Berl. Kassen-Ver.	10 7/12	8 4/15	4	139,75 G
Berl. Handels-Ges.	0	0	4	55,00 bzG
Brl. Prd.-u. Hdls.-B.	6½	6	4	65,50 G
Braunschw. Bank.	6	3	4	82,50 etbzG
Bresl. Disc.-Bank.	4	3	4	66,50 bz
Bresl. Wechslerb.	5 4/8	5⅓	4	72,00 G
Coburg. Cred.-Bnk.	4½	5	4	68,00 bzG
Danziger Priv.-Bk.	7	0	4	103 bzB
Darmst. Creditbk.	6	6¾	4	115,00 bzB
Darmst. Zettelbk.	5¼	5¾	4	100,30 G
Deutsche Bank	6	6	4	98,40 bzB
do. Reichsbank	6⅛	6,29	4½	154,60 bz
do. Hyp.-B. Berlin	8	7½	4	85,00 G
Disc.-Comm.-Anth.	4	5	4	131,50 bz
do. ult.	4	5	4	132,10-101,75
Genossensch.-Bnk.	5½	5½	4	90,50 G
do. junge	5½	5½	4	93,50 G
Goth. Grundcredb.	8	8	4	95,60 bz
do. junge	8	8	4	93,00 bz
Hamb. Vereins-B.	10	10 5/9	4	— —
Hannov. Bank	5 14/15	6	4	103,75 B
Königsb. Ver.-Bnk.	5 1/5	6	4	84,90 bzB
Lndw.-B. Kwilecki	5½	0	4	52 bzB
Leipz. Cred.-Anst.	6	5⅔	4	110,75 bzG
Luxemburg. Bank	6	6½	4	106,00 bzB
Magdeburger do.	6	5 9/10	4	168,00 G
Meininger do.	2	2	4	75,50 bz
Nordd. Bank	8	8½	4	— —
Nordd. Grundcr.-B.	8	5	4	48 bzG
Oberlausitzer Bk.	1⅔	3	4	67,00 B
Oest. Cred.-Actien	11¼	8⅛	4	400-399½-400
Posener Pro.-Bank	6½	6½	4	99,75 B
Pr. Bod.-Cr.-Act.-B.	8	8	4	76,00 bzB
Pr. Cent.-Bod.-Crd.	9½	9½	4	116,25 etbzG
Sächs. Bank	8	5¾	4	103,25 bzG
Schl. Bank-Verein	5	5	4	86,40 G
Weimar. Bank	0	0	4	30,00 bzG
Wiener Unionsbk.	11 1/14	3½	4	120,00 G

In Liquidation.

Berliner Bank	—	—	fr.	4,00 G
Berl. Bankverein	—	—	fr.	27 bz
Berl. Wechsler-B.	—	—	fr.	— —
Centralb. f. Genos.	—	—	fr.	12,50 bzG
Deutsche Unionsb.	—	—	fr.	20,00 G
Gwb. Schuster u. C.	0	—	fr.	— —
Moldauer Lds.-Bk.	0	—	fr.	— —
Ostdeutsche Bank	—	—	fr.	— —
Pr. Credit-Anstalt	—	—	fr.	— —
Sächs. Cred.-Bank	5½	—	fr.	106,00 G
Schl. Vereinsbank	0	—	fr.	62,00 G
Thüringer Bank	0	0	fr.	74,50 bz

Industrie-Papiere.

Berl. Eisenb.-Bd-A.	0	—	fr.	495 B
D. Eisenbahnb.-G.	0	0	4	2,60 bz
do. Reichs-u. Co.-B.	0	0	4	69,40 B
Märk. Sch. Masch. G	0	0	4	19,00 bz
Nordd. Gummifab.	5	4	4	46 G
Westend. Com.-G.	0	—	fr.	— —
Pr. Hyp.-Vers.-Act.	12 4/5	8	4	85,10 bzG
Schles. Feuervers.	18	25	fr.	970 B
Donnersmarkhütt.	3	3	4	21,00 bzG
Dortm. Union	0	0	4	6,20 bz
do. abgest.	0	0	4	10,60 bzB
Königs- u. Laurah.	2	2	4	69,00 bzG
Lauchhammer	0	0	4	22,25 B
Marienhütte	6	3	4	45,50 B
OSchl. Eisenwerke	0	—	4	— —
Cons. Redenhütte	—	—	4	74,50 B
Schl. Kohlenwerke	0	0	4	6,75 G
Schl. Zinkh.-Actien	7	6½	4	74,50 G
do. St.-Pr.-Act.	7	6½	4½	90,10 G
Tarnowitz. Bergb.	0	0	4	— —
Vorwärtshütte	0	0	4	— —
Baltischer Lloyd	—	—	fr.	5 G
Bresl. Bierbrauer.	0	0	4	— —
Bresl. E.-Wagenb.	2⅔	1	4	52,00 B
do. ver. Oelfabr.	3⅓	5	4	50,75 B
Erdm. Spinnerei	0	0	4	12,25 B
Görlitz. Eisenb.-B.	1¾	4	4	63,25 B
Hoffm.'s Wag. Fabr.	0	0	4	16,00 B
O.-Schl. Eisenb.-B.	0	0	4	26,00 bzG
Schl. Leinenind.	5½	4	4	67,50 G
do. Porzellan	0	1½	4	30 bz
Wilhelmsh. MA.	0	0	4	22,00 B

Bank-Discont 4½ pCt.
Lombard-Zinsfuss 5½ pCt.

Breslau, 16. Dec. [Wasserstand.] O.-P. 4 M. 6 Cm. U.-P. — M. 12 Cm. Eisstand.

Meine Seele ist stille zu Gott, der mir hilft.

In dieser Friedensstimmung meiner Seele trete ich mit meinen 80 vater- und mutterlosen Kindern, die ich in einer Knaben- und Mädchen-Anstalt allhier pflege und erziehe, in die nahende Weihnachtszeit hinein. Der das heilige Christfest in lieblichen Liedern besingende Advent hat meine Kinder fröhlicher, denn je gemacht. Aller Augen warten, Aller Herzen hoffen. Für einen Weihnachtstisch derselben habe ich nichts, da das tägliche Brot-Bedürfniß alle Mittel erschöpft. So oft ich dies meinen Kindern, für die kein elterliches Herz schlägt und keine elterliche Liebe sorgt und wacht, frei heraus sage, da senken sich ihre Blicke und werden trübe und traurig. Kinder! rufe ich ihnen alsdann zu: Lasset eure Seele stille sein zu Gott, der euch hilft. Ich werde für euch, wie bisher, nach Oben beten und nach Unten in die Christenwelt hinein bitten und der Herr wird eure Traurigkeit in Freude verkehren. Darum bitte ich wieder und zwar zum 24. Male für meine armen Waisen, denen ich mit meinen Sorgen und Arbeiten angehöre und die ich mit der vollen Liebe meiner Seele liebe. Die kalte Erde hat ja noch viel milde und warme Herzen in der Nähe und Ferne.

Möge der Gott aller Gnaden auf Seiner Segenshand mein bittendes Wort zu diesen Herzen in der Welt tragen! [2057]

Pleschen im Posen'schen im Christmonat 1878.

Der evangelische Pfarrer und Anstalts-Vorsteher.
Strecker.

Statt jeder besonderen Meldung.

Gestern Abend 10¾ Uhr verschied nach kurzen, aber schweren Leiden meine innigst geliebte, jüngste Tochter [6488]

Helene,

im blühenden Alter von 19 Jahren.

Diese Anzeige widmet Verwandten und Freunden im tiefsten Schmerze

Ernestine, verw. Dr. Wolff.

Breslau, den 15. Decbr. 1878.

Beerdigung: Dinstag, 17ten December, Vormittags 11 Uhr, vom Trauerhause Agnesstr. 1.

Statt besonderer Meldung.

Schmerzerfüllt zeigen allen lieben Freunden, Verwandten und Bekannten an, daß unser lieber, guter und unvergeßlicher Vater, Schwieger-, Groß- und Urgroßvater, [2137] der Kämmerer a. D.

August Wilhelm Tittel,

am Gehirnschlage im 73. Lebensjahre uns durch den Tod entrissen wurde.

Tarnowitz, den 14. December 1878.

Die tiefbetrübten Hinterbliebenen.

Beerdigung: Dinstag, Nachmittags 3 Uhr.

Stadt-Theater.

Montag, den 16. Decbr. Vorletztes Gastspiel der K. Preuß. Hofopernsängerin Frau Emmy Zimmermann vom Königl. Theater zu Hannover: „Don Juan." Oper in 4 Acten. Musik von W. A. Mozart. (Donna Anna, Frau Frau Emmy Zimmermann.)

Lobe-Theater. 9102

Montag. Zum vorletzten Male: „Wilhelm Tell."

XVI. Internationaler Maschinenmarkt.

Der Breslauer landwirthschaftliche Verein veranstaltet nach fünfzehnjährigen günstigen Erfolgen auch im Jahre 1879, und zwar:

am 9., 10. und 11. Juni

in Breslau eine große Ausstellung und einen Markt von Land-, Forst- und Hauswirthschaftlichen Maschinen und Geräthen.

Programme und jede etwaige gewünschte Auskunft ertheilt der mitunterzeichnete Oekonomie-Rath Korn, Gr. Feldstraße 11b; an denselben sind die Anmeldungen bis spätestens ultimo März zu richten.

Verspätete Anmeldungen finden keine Berücksichtigung.

Breslau, den 6. December 1878. [9154]

Der Vorstand des Breslauer landwirthschaftlichen Vereins.
R. Seiffert. W. Korn.

Ein Reisender der Colonialwaaren-Branche sucht gestützt auf beste Referenzen, Stellung per 1. Jan. als solcher od. Buchhalter u. Correspondent, gleichviel welcher Branche.

Offerten erbeten R. 3 an die Expedition der Bresl. Ztg. [6447]

Verantwortlicher Redacteur:
Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.